

# Die Stunde der Verantwortung des Duetschen Volkes ist gekommen

## Die grosze Rede

Walter Ulbricht 9 Mai 1951



[www.MinisterieVanPropaganda.org](http://www.MinisterieVanPropaganda.org)

# **Die Stunde der Verantwortung des deutschen Volkes ist gekommen**

Die große Rede  
des Stellvertretenden Ministerpräsidenten  
Walter Ulbricht  
vor der Volkskammer am 9. Mai 1951

**Die Volksbefragung  
ist zur vordringlichsten Aufgabe  
des ganzen Volkes geworden**



**Walter Ulbricht**

*Stellvertretender Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik*

**Verehrte Abgeordnete der Deutschen Volkskammer!**  
**Verehrte Vertreter des Hauptausschusses für die Volksbefragung!**  
**Verehrte Vertreter des Deutschen Friedenskomitees!**

Der Hauptausschuß für Volksbefragung in Düsseldorf hat die Bundesregierung in Bonn, die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und alle Schichten der Bevölkerung aufgefordert, sich klar gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages zu bekennen. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat in ihrer Sitzung vom 3. Mai beschlossen, dieser Aufforderung zuzustimmen und die Volkskammer zu ersuchen, die Durchführung der Volksbefragung für die Zeit vom 3. bis zum 5. Juni zu beschließen. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist überzeugt, daß die Abgeordneten einmütig ihre Stellungnahme billigen werden.

Mai 1950: Universität Bonn	70,0 Prozent gegen Remilitarisierung
Mai 1950: Universität Göttingen	69,0 Prozent gegen Remilitarisierung
August 1950: Reutlinger Generalanzeiger	91,3 Prozent gegen Remilitarisierung
Januar 1950: „Mann in der Zeit“, Fulda.	90,7 Prozent gegen Remilitarisierung
Mai 1950: Universität Erlangen	91,0 Prozent gegen Remilitarisierung
Mai 1950: Universität München	96,0 Prozent gegen Remilitarisierung
Betrieb MAN, Nürnberg	93,0 Prozent gegen Remilitarisierung
Betrieb Bosch, Stuttgart-Feuerbach	94,3 Prozent gegen Remilitarisierung
Betrieb UMA-Werke, Stuttgart	85,0 Prozent gegen Remilitarisierung
Betrieb UMA-Werke, Uhlingen	85,0 Prozent gegen Remilitarisierung
Betrieb Stahlbau Donger, Darmstadt	95,0 Prozent gegen Remilitarisierung
Betrieb Schachtenlage Recklinghausen II	97,0 Prozent gegen Remilitarisierung
Betrieb Siemens Schuckert, Nürnberg	98,4 Prozent gegen Remilitarisierung
Betrieb Zeiss Ikon AG, Stuttgart	90,0 Prozent gegen Remilitarisierung

Teilbefragungen in Gemeinden und Stadtteilen brachten folgende Ergebnisse:

Schopfheim	88,0 Prozent gegen Remilitarisierung
Solingen (Häuserblock)	92,4 Prozent gegen Remilitarisierung
Offenburg (Arbeitersiedlung)	98,0 Prozent gegen Remilitarisierung
Coburg (Umsiedler)	99,0 Prozent gegen Remilitarisierung
Pfeffsbach (Pfalz)	99,5 Prozent gegen Remilitarisierung
München-Waldhof	95,3 Prozent gegen Remilitarisierung
Altenglan (Rheinpfalz)	95,0 Prozent gegen Remilitarisierung

Die Anregung zur Durchführung der Volksbefragung erfolgte ursprünglich im Zusammenhang mit dem Rücktritt des Innenministers Dr. Heinemann, der seinen Ministerposten in Bonn niederlegte, weil er aus Gewissensgründen der Politik des Herrn Adenauer in der Frage des sogenannten „deutschen Verteidigungsbeitrages“, das heißt der Remilitarisierung, nicht folgen konnte. Dr. Heinemann, Mitglied der Adenauer-

Verehrte Anwesende! Unser Volk steht vor einer sehr verantwortungsvollen Entscheidung. In allen Teilen Deutschlands hat sich eine große Volksbewegung gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für einen Friedensvertrag entfaltet. Der Aufruf der Friedenskonferenz, die im Januar dieses Jahres in Essen stattfand und auf der 1700 Delegierte aus allen Kreisen der Bevölkerung, aus allen Parteien und Organisationen vertreten waren, hat die begeisterte Zustimmung der breitesten Kreise der Bevölkerung gefunden. Die in einer Reihe Städte, Orte und Betriebe bereits durchgeführten Teilbefragungen der Bevölkerung haben gute Ergebnisse gezeigt. Ich will nur einige anführen:

partei, der Christlich-Demokratischen Union, sprach sich damals für eine Volksbefragung aus. Auch Herr Pastor Niemöller setzte sich im Namen der evangelischen Christen für die Durchführung einer Volksbefragung ein. Bereits am 3. Oktober 1950 erklärte der stellvertretende Vorsitzende der SPD, Ollenhauer, einem DPA-Vertreter, es sei notwendig: „dem Volke Gelegenheit zu geben, zu der Frage der Remilitari-

sierung selbst Stellung zu nehmen“, und Dr. Schumacher erklärte am 24. Oktober 1950:

„Die SPD werde sich mit aller Kraft dagegen wehren, deutsche Erde und deutsche Menschen als Material für die Sicherung fremder Staaten benutzen zu lassen.

Verfassungsmäßig könne über jeden Karabiner in Deutschland nur durch das Volk selbst entschieden werden.“

Noch ausführlicher äußerte sich Dr. Schumacher in der 98. Sitzung des Bundestages, wo er sagte:

„Würde sich Deutschland jetzt auf das Gebiet der Aufrüstung begeben, dann würde es das ganze politische und soziale Leben in der Bundesrepublik von Grund auf umgestalten. Das Grundgesetz kennt keine Wehrverfassung. Es handelt sich um etwas im Grundgesetz nicht Gewolltes und bei den Beratungen des Grundgesetzes sowohl von den innen- wie von den außenpolitischen Faktoren ausdrücklich Abgelehntes. Mit dieser Methode erregen Sie doch mit aller Gewalt im Volke den Eindruck, daß es stumm gemacht und nicht gefragt werden soll. Mit dieser Methode, ohne die Achtung der Verfassung, gehen Sie doch den Weg zum autoritären, die Demokratie negierenden Staat.“

Wir registrieren diese Rede, obwohl wir überzeugt sind, daß Schumacher durch diese Äußerungen die Volksmassen nur über seine wirkliche Stellung zur Remilitarisierung täuschen wollte. Dieser selbe Schumacher fordert inzwischen das Verbot der Volksbefragung.

Es ist unbestritten, daß sich Politiker verschiedener Parteien und Massenorganisationen für die Durchführung einer Volksbefragung ausgesprochen haben.

Die Durchführung der Volksbefragung ist sowohl nach der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik wie nach der Verfassung der Bundesrepublik und auch nach den Bestimmungen der Berliner Verfassung möglich. Artikel 3 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik heißt:

„Das Mitbestimmungsrecht der Bürger wird wahrgenommen durch:

**Teilnahme an Volksbegehren und Volksentscheiden... die Staatsgewalt muß dem Wohle des Volkes, der Freiheit, dem Frieden und dem demokratischen Fortschritt dienen.“**

Im Bonner Grundgesetz ist im Artikel 1 gesagt:

„Das Volk bekennt sich zum Frieden.“

Nach Artikel 20 des Bonner Grundgesetzes geht „alle Staatsgewalt vom Volke aus und wird von diesem in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe ausgeübt.“

Nach diesen Bestimmungen des Grundgesetzes bedarf also das Volk keiner besonderen gesetzlichen Ermächtigung, um seinem Recht Geltung zu verschaffen. Dazu kommt, daß nach Artikel 17 alle Bürger das Recht haben, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Auch in der Westberliner Verfassung wird in Artikel 49 gesagt, ein Volksentscheid sei herbeizuführen, wenn ein Fünftel der Stimmberechtigten das Begehren nach Vorlegung eines Gesetzesentwurfs stellt.

Ich stelle also fest, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen in allen Teilen Deutschlands, einschließlich der Hauptstadt Berlin, die Durchführung einer Volksbefragung möglich ist. Der Hauptausschuß für Volksbefragung handelt deshalb völlig gesetzlich, wenn er zur Durchführung der Volksbefragung aufruft und erklärt:

„Die Freiheit der Persönlichkeit beginnt mit der Freiheit der Bürger, selbst über Frieden oder Krieg zu entscheiden.“

Da die Erhaltung des Friedens das ganze deutsche Volk betrifft, ist es zu begrüßen, daß sich der Hauptausschuß an das ganze deutsche Volk und an die staatlichen Organe in Westdeutschland und Ostdeutschland gewandt hat.

Obwohl in der Deutschen Demokratischen Republik und im demokratischen Sektor von Berlin feste Grundlagen des Friedens geschaffen wurden, indem die Entmachtung der militaristischen Großgrundbesitzer wie der Konzern- und Bankherren, die für den Hitlerkrieg verantwortlich sind, erfolgt ist, und obwohl in der Deutschen Demokratischen Repu-

blik nach der Verfassung jede militaristische Propaganda, Rassenhetze und Kriegspropaganda, streng verboten ist,

sind wir für die Durchführung der Volksbefragung auch im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik.

## Warum sind wir für die Volksbefragung auch in der Deutschen Demokratischen Republik?

Wir sind für die Volksbefragung in ganz Deutschland, damit zum Ausdruck kommt:

### Der Friede ist unteilbar!

Wir sind für die Volksbefragung in der Deutschen Demokratischen Republik, weil wir gegen die Remilitarisierung in ganz Deutschland sind.

Wir sind für die Volksbefragung in der Deutschen Demokratischen Republik, um zum Ausdruck zu bringen, daß sich die friedliebende Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik untrennbar mit den Friedenskräften in Westdeutschland und in der Hauptstadt Deutschlands, Berlin, brüderlich verbunden fühlt.

Die Deutsche Volkskammer hat schon mehrfach erklärt, daß sie nicht nur die Remilitarisierung Deutschlands ablehnt, sondern auch bereit ist, in einem Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat über die zahlenmäßige Stärke, die Bewaffnung und die Standortverteilung der Polizei in ganz Deutschland zu verhandeln und, falls es als notwendig erachtet wird, auch über die Herabsetzung der zahlenmäßigen Stärke der Polizei. Warum machen jene Herren in Westdeutschland, die über unsere Volkspolizei allerlei Unwahrheiten behaupten, nicht Gebrauch von diesem Angebot?

### Warum Volksbefragung?

Die Volksbefragung ist zu einer Lebensfrage für unser ganzes Volk geworden, weil in Westdeutschland entgegen dem Willen des deutschen Volkes die Adenauer-Clique mit General Eisenhower und McCloy Vereinbarungen getroffen hat, die gegen den Frieden und gegen die Existenz der deutschen Nation gerichtet sind. Während Truman und Eisenhower die Rassenhetze und die wahnsinnigen Weltaroberungspläne Hitlers übernommen haben, hat Adenauer die Revanchepolitik der Hugenberg-Papen-Hitler übernommen.

Das ist der Weg zu einem dritten Weltkrieg.

Die Volksbefragung ist zur vordringlichen Aufgabe des ganzen Volkes geworden:

weil Westdeutschland gegen den Willen der Bevölkerung in ein militärisches Aufmarschgebiet für den amerikanischen Krieg verwandelt wird;

weil Adenauer ohne Recht und Gesetz dem General Eisenhower versprochen hat, 200 000 Jugendliche für seine Söldnerarmee zu liefern;

weil Adenauer entgegen dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung dem Schuman-Plan zugestimmt hat, der allein der Kriegsrüstung dient;

weil die westdeutsche Wirtschaft auf Befehl der amerikanischen Monopolherren auf Rüstungswirtschaft umgestellt und dadurch zerrüttet wird, und weil die Kosten für die zusätzlichen Lasten für die amerikanischen und anderen Invasionstruppen auf das Volk abgewälzt werden;

weil die Spaltung Deutschlands durch die Remilitarisierung weiter vertieft und der Bruderkrieg in Deutschland entfacht werden soll.

Das Bonner Remilitarisierungskabinett hat den Antrag des Hauptausschusses für Volksbefragung abgelehnt und unter Verfassungsbruch die Volksbefragung verboten. Das Verbot erfolgte am Tage nach der Erklärung von McCloy über die Remilitarisierung Westdeutschlands. Und die Adenauer-Regierung verbot, dem Befehl des amerikanischen Gouverneurs und dem eigenen Triebe folgend, die Volksbefragung. In ihrer Regierungserklärung vom 24. April 1951 bestätigt die Adenauer-Regierung selbst das Ungesetzliche ihres Vorgehens, denn im Beschluß der Bundesregierung heißt es:

„Die nichtamtliche Feststellung der Volksmeinung über eine Frage, die keine Verletzung der verfassungs-

mäßigen Ordnung enthält, verstößt an sich nicht gegen die Verfassung, auch wenn eine Volksbefragung in ihr nicht vorgeschlagen ist."

Der Beschluß des Adenauer-Kabinetts, über den der Bundestag bezeichnenderweise nicht einmal abstimmen durfte, ist also an sich für die Volksbefragung ohne jede gesetzliche Bedeutung, da er gegen die Verfassungsbestimmungen verstößt.

Wir fragen das ganze deutsche Volk: hat es jemals einen Fall in der Geschichte gegeben, daß eine Regierung sechs Jahre nach einem Krieg der Bevölkerung verbietet, ihrer Forderung auf Gewährung eines Friedensvertrages durch eine Volksbefragung Ausdruck zu geben?

Es ist ein Schandmal für die sozialdemokratische Führung, daß sie dem Verbot zugestimmt hat und obendrein das Verbot der Organisationen der Werktätigen fordert, die sich für das verfassungsmäßige Recht der Durchführung der Volksbefragung einsetzen. Doch das beweist nur von neuem: die sozialdemokratische Führung ist weder sozial noch demokratisch.

Das Verbot der Volksbefragung ist ein Schlag ins Gesicht jedes friedliebenden Bürgers. Von Innenminister Lehr, der ein alter Hugenbergmann ist und zu den Wegbereitern Hitlers gehörte, konnte man allerdings nichts anderes erwarten.

Das Verbot der Volksbefragung zeigt nur die Schwäche der Adenauer-Regierung, ihre Furcht vor dem Volke. Drücken nicht die bürgerlichen „Aachener Nachrichten“ die Auffassung breiter Kreise der Bevölkerung aus, wenn sie sagen:

„Im übrigen läßt sich das Problem

ohne Geschrei lösen, wenn man eben selbst die Volksbefragung durchführen würde. Aber da liegt wahrscheinlich der Hase im Pfeffer?“

Das heißt, auch bürgerliche Kreise in Westdeutschland sind der Meinung, daß das Verbot der Volksbefragung ein Ausdruck der Schwäche der Adenauer-Regierung und der Furcht der McCloy und Adenauer vor dem Volk ist. Adenauer fürchtet, daß die Volksbefragung den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland beschleunigt und daß nach Abschluß eines solchen Vertrages die Okkupationstruppen Deutschland verlassen müssen. In einem Deutschland ohne amerikanische Besatzungstruppen fühlt sich Herr Adenauer nicht zu Hause. Adenauer kann nun einmal nicht ohne die amerikanischen Bajonette regieren. Und damit kommen wir auf eine der Hauptursachen des Verbotes. Am 25. Mai 1951 soll der Einmarsch neuer Invasionstruppen der USA und anderer Länder in Westdeutschland beginnen. Für die Bevölkerung Westdeutschlands dürfte der Einmarsch der amerikanischen Invasionstruppen ein Grund sein, sich nun erst recht an der Volksbefragung zu beteiligen und die amerikanischen Truppen würdig zu empfangen mit der Losung:

**Ami, go home!**

Angesichts der Willkürherrschaft der Adenauer-Regierung, die durch diktatorische Maßnahmen ihre ungesetzlichen Vereinbarungen mit den fremden Herren vom Petersberg durchsetzen will und die alles tut, um Wahlen zu verhindern, hat das deutsche Volk nur eine Möglichkeit:

**Durchführung der Volksbefragung!**

## **Die Welteroberungspolitik der USA-Imperialisten und die Remilitarisierung Westdeutschlands**

Wir müssen noch einmal feststellen: Eine „Deutsche Frage“ würde es überhaupt nicht geben, wenn die Potsdamer Beschlüsse, die von den Vereinigten Staaten Amerikas, Großbritannien und der Sowjetunion feierlich unterschrieben wurden, verwirklicht worden wären. Warum verhinderten die USA ihre Durchführung? Die reaktionären Kreise

des amerikanischen Monopolkapitals gingen nach der Niederlage des deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg systematisch dazu über, die Ausschaltung Deutschlands, Japans und Italiens auf dem Weltmarkt und die Schwächung der Wirtschaft der anderen kapitalistischen Staaten auszunutzen, um ihre Macht zu erweitern. Die USA be-

mächtigten sich nicht nur der früheren Auslandsmärkte Deutschlands, sondern bestanden gemeinsam mit den Vertretern Großbritanniens auf der Spaltung Deutschlands. Das heißt, die beiden imperialistischen Großmächte beabsichtigten von Anfang an, Deutschland für immer militärisch besetzt zu halten und das westdeutsche Rüstungspotential für ihre Weltmachtinteressen auszunutzen. Es zeigte sich, daß die USA am Krieg gegen Hitlerdeutschland nicht teilgenommen hatten, um den deutschen Faschismus zu vernichten, sondern um Deutschland als einheitlichen Staat zu zerschlagen und Deutschland als Konkurrenten auf dem Weltmarkt weitgehend auszuschalten.

Dementsprechend stützt sich die amerikanische Besatzungsmacht auf das deutsche Monopolkapital und andere Revanchepolitiker und auf die reaktionären Kräfte, die Hitler zur Macht gebracht hatten. Darum unternahmen sie alles, um die Machtpositionen dieser Kräfte in Staat und Wirtschaft Westdeutschlands zu erhalten. Diese Politik der Regierung der USA und Englands knüpft an die Politik der USA und der englischen Konservativen in der Zeit der Weimarer Republik an, wo sie alles taten, um den geschlagenen deutschen Imperialismus wieder zu beleben und seinen „Drang nach dem Osten“ systematisch zu fördern und für die eigenen imperialistischen Ziele auszunutzen.

## Vorbereitung des zweiten Weltkrieges

Es sei mir gestattet, an einige Tatsachen zu erinnern. Der amerikanische Oberbefehlshaber in Deutschland nach dem ersten Weltkrieg, General Henry T. Allen, schrieb am 24. April 1922:

„Westeuropa sollte Deutschlands Ausdehnung nach Osten hin in der Voraussicht gestatten, daß es mit den Russen derartig in Konflikt kommen wird, daß der Druck im Westen dadurch stark vermindert würde.“

Im Interesse dieser antisowjetischen Politik gewährten die amerikanischen Monopolisten ihren deutschen Geschäftspartnern Milliardenkredite und -anleihen, die der Modernisierung und Erweiterung des deutschen Rüstungspotentials zu dienen bestimmt waren. Hierbei spielten der Dawes- und der Youngplan eine bedeutende Rolle.

Mit Hilfe dieser Pläne gedachten die USA und England, die deutsche Industrie von den amerikanischen und britischen Monopolen abhängig zu machen. Der Dawesplan ebnete den Weg für das verstärkte Eindringen ausländischen Kapitals in die deutsche Industrie. So flossen von 1924 bis 1929 10 bis 15 Milliarden Mark langfristige und über 6 Milliarden Mark kurzfristige ausländische Kapitalanlagen nach Deutschland. 70 Prozent aller langfristigen Anleihen kamen aus den USA.

Es ist bekannt, daß bei der Finanzierung der deutschen Industrie und bei der

Anknüpfung und Ausgestaltung engster Verbindungen zwischen der amerikanischen und der deutschen Industrie die amerikanischen Monopole eine entscheidende Rolle spielten. Die engen Beziehungen zwischen den amerikanischen und den deutschen Chemiemagnaten seien hier ganz besonders unterstrichen.

Dasselbe gilt für alle anderen entscheidenden Wirtschaftszweige, wie zum Beispiel der Stahlindustrie, der Elektrotechnik, Autoindustrie, des Schiffsverkehrs usw. Die englisch-deutsch-amerikanische Schröder-Bank und die bedeutende New-Yorker Bank „Dillon, Read & Co.“ spielten bei der Finanzierung der „Vereinigten Stahlwerke“ in diesen Jahren eine entscheidende Rolle.

Aber damit nicht genug. Die Monopole an Rhein und Ruhr, die diesen amerikanischen Goldregen empfangen, waren ihrerseits die Finanziere Hitlers. Unter der Maske der sogenannten „geschichtlichen Mission Deutschlands“ rüstete Hitler mit besonderer Unterstützung der Wallstreet zum Krieg gegen die Sowjetunion. Am 7. November 1937 verkündete Hitler sein Aggressionsprogramm. Zwei Wochen später verhandelten bereits seine Abgesandten von Killinger und von Tippelskirch mit führenden Vertretern amerikanischer Monopolkreise, wie Senator Vandenberg, Alfred P. Sloan u. a., über die Durchführung, nachdem die Amerikaner die antisowjetischen Ziele Hitlers voll



und ganz gebilligt und die weitestgehende Unterstützung zugesagt hatten. Die Beratung vom 23. November 1937 war nicht die einzige dieser Art. Ihre konkreten Ergebnisse, die die Kriegführung Hitlers überhaupt erst ermöglichten, waren u. a. die Hilfe für die Versorgung Hitlers mit bestimmten Rohstoffen. Das Nickelabkommen mit John Foster Dulles, als Vertreter des amerikanischen Nickeltrusts, der die Lieferung von Nickelerzen aus Petsamo (Finnland) an Hitler ausdrücklich als „einen erwünschten Schutz gegen einen möglichen russischen Zugriff“ erklärte, gehört dazu.

Als Hitler am 22. Juni 1941 den Überfall auf die Sowjetunion begann, brachten führende imperialistische Kreise der USA ihre Zustimmung unverhohlen zum Ausdruck. So erklärte ein prominentes Mitglied des USA-Senats, der jetzige Präsident der Vereinigten Staaten, Truman, bereits am 24. Juni 1941 in der „New York Times“:

„Wenn wir sehen, daß Deutschland drauf und dran ist, den Krieg zu gewinnen, so sollten wir Rußland helfen, und wenn Rußland gewinnt, sollten wir Deutschland unterstützen. So werden sie sich einander soviel wie möglich totschiessen!“

Den wahren anglo-amerikanischen Absichten verlieh auch der damalige englische Minister für Flugzeugindustrie, Moore Brabazon, Ausdruck, als er erklärte, soweit Großbritannien in Betracht komme, wäre der beste Ausgang des Kampfes an der Ostfront die gegenseitige Erschöpfung Deutschlands und der UdSSR, wodurch England die Möglichkeit erhalten würde, die dominierende Stellung einzunehmen.

Diese Einstellung lag der Politik der anglo-amerikanischen Imperialisten während des zweiten Weltkrieges zugrunde. Bekanntlich hatten die Engländer und die Amerikaner im Juni 1942 der UdSSR gegenüber die Verpflichtung übernommen, noch im Jahre 1942 eine zweite Front in Europa zu eröffnen. Dieses Versprechen wurde jedoch weder 1942 noch 1943 eingelöst. Die Politik der Verzögerung der Eröffnung der zweiten Front war keinesfalls zufälliger Natur. Ihr lagen die Bestrebungen

reaktionärer Kreise der USA und Englands zugrunde, die im Krieg mit Deutschland ihre eigenen Ziele verfolgten. Ziele, die sich mit den Aufgaben des Befreiungskampfes gegen den deutschen Faschismus nicht vereinbaren ließen. Sie hofften auf eine Schwächung der UdSSR und darauf, daß diese als Folge des Krieges für lange Zeit ihre Bedeutung als große und starke Macht einbüßen und danach von den USA und Großbritannien abhängig werden würde. Deshalb zielte die geheime und offene Sabotage gegenüber der Errichtung der zweiten Front im Westen und die sogenannte „Strategie der Hintertreppe“ (das heißt kleiner Aktionen) darauf hin, zu ermöglichen, daß die ganze Macht der deutschen Armee gegen die Sowjetunion konzentriert wurde.

Für die verräterische antisowjetische Politik der anglo-amerikanischen Imperialisten, die bereits während des zweiten Weltkrieges den dritten vorbereiteten, sind auch die verschiedentlichen Friedensfühler bezeichnend, die auf einen Sonderfrieden der Westmächte mit Hitler, ohne und sogar gegen die Sowjetunion, abzielten. Aus Dokumenten, die von den sowjetischen Truppen in Deutschland erbeutet wurden, geht hervor, daß im Herbst 1941 sowie in den Jahren 1942 und 1943 in Lissabon und in der Schweiz hinter dem Rücken der UdSSR Verhandlungen zwischen Vertretern der USA und Deutschlands über die Frage eines Friedensschlusses mit Deutschland gepflogen wurden. Für die USA führte diese Verhandlungen der Sonderbeauftragte der USA-Regierung, Allan Dulles, der „unmittelbare Aufträge“ und „Vollmachten des Weißen Hauses“ hatte. Bereits damals zeichnete sich die heutige Deutschlandpolitik der USA und ihr unverhüllter Weltherrschaftsanspruch ab, was 1944, zur Zeit der schwersten Kämpfe der Sowjetarmee gegen den deutschen Hitlerfaschismus, die amerikanische Zeitschrift „In Fact“ zynisch wie folgt formulierte:

„Man muß Hitler nur so anschlagen, daß er erkennt, daß wir die größte Weltmacht sind. Aber dann muß man Hitler für Polizeidienste und für die Aufrechterhaltung der Ordnung in Europa erhalten.“

## Vorbereitung des dritten Weltkrieges durch die USA

Sie sehen, die heutige Politik der USA gegenüber Deutschland ist durchaus nicht neu. Nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus durch die Sowjetarmee traten die USA-Monopolisten offen die Nachfolge der hitlerischen Weltherrschaftsbestrebungen an. Am 6. April 1946 erklärte Präsident Truman:

„Die Vereinigten Staaten sind heute eine starke Nation. Es gibt keine stärkere... das bedeutet, daß wir die Pflicht haben, mit einer solchen Kraft die Führung der Organisation der Welt zu übernehmen.“

Diese Gedanken sind seitdem in Hunderten von Reden und Zeitungsartikeln abgewandelt worden. Sie stellen nichts anderes dar, als den Anspruch der USA auf die Weltvormachtstellung, auf die „Führerrolle“. Sie liegen der gesamten Außenpolitik der USA zugrunde. Diesem Ziel werden die internationale Wirtschafts- und Handelspolitik der USA, ihre Diplomatie und ihre Militärpolitik, die seit dem Ende des zweiten Weltkrieges immer mehr zu einer Einheit verschmolzen sind, untergeordnet. Auch alle ideologischen Kampfmittel, vor allem der Kosmopolitismus und alle seine Spielarten, werden voll in den Dienst dieser Außenpolitik gestellt.

Das wichtigste Hindernis für die Aufrichtung der amerikanischen Weltherrschaft ist das Bestehen der Sowjetunion und der Volksdemokratien sowie die mächtige Weltfriedensbewegung mit der Sowjetunion und Generalissimus Stalin, dem Bannerträger des Friedens, an der Spitze. Daher richten die USA-Imperialisten in ihrem Drang nach Eroberung von Ausbeutungsgebieten, in ihrer Raubgier, die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratien auszuplündern, in ihrem Haß gegen die Sowjetunion, dem Lande ohne Krisen, dem Lande des friedlichen Aufbaues des Kommunismus, ihre Kriegsvorbereitungen vor allem gegen die Sowjetunion.

Dabei bedienen sich die USA-Imperialisten der verschiedensten Mittel die ich kurz aufzeigen möchte:

a) Das System militärischer Stützpunkte:

Die 434 militärischen Stützpunkte, die die USA während des zweiten Weltkrieges im Pazifischen, Atlantischen und Indischen Ozean, in Europa, in Südamerika und Nordafrika errichtet haben, wurden mit ganz wenigen Ausnahmen aufrechterhalten und weiter ausgebaut. Die Zeitschrift „Foreign Affairs“ schrieb im Dezember 1949:

„Die Vereinigten Staaten sollten danach streben, Stützpunkte zu erhalten, die es ihnen erlauben würden, die Alte Welt zu kontrollieren.“

Diese Forderung wurde weitgehend realisiert. Heute haben die USA, wie ihre eigenen Landkarten zeigen, in allen Teilen Europas und Asiens Stützpunkte, die es ihnen erlauben sollen, ihre Angriffspläne gegen die Sowjetunion zu verwirklichen.

b) wirtschaftliche Expansion:

Die zunehmende Aggressivität der USA-Außenpolitik kam besonders in den beiden Reden Trumans vom 6. und 12. März 1947 zum Ausdruck, in denen er eine Politik der offenen Intervention in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten proklamierte.

Daß Europa in den USA-Kriegsplänen eine besondere Rolle spielt, geht aus dem Bericht des Harriman-Ausschusses (Ausschuß des Präsidenten für Unterstützung des Auslandes) von Ende 1947 hervor, in dem bestätigt wurde:

„Das Interesse der Vereinigten Staaten an Europa läßt sich jedoch nicht einfach vom Gesichtspunkt der Wirtschaft aus beurteilen. Dieses Interesse ist gleichzeitig auch ein strategisches und politisches.“

c) Das militärische Paktsystem:

Seine militärischen Alliierten sicherte sich der USA-Imperialismus durch den Brüsseler Pakt vom 18. März 1948 und vor allem durch den Atlantikpakt vom 4. April 1949.

Das erste Instrument für die amerikanische Aggression in Europa war das militärische Bündnis der westeuropäischen Staaten Frankreich, Holland, Belgien und Luxemburg, das in Brüssel unterzeichnet wurde. In Realisierung des Brüsseler Paktes wurde ein ständiger militärischer Ausschuß der betref-

fenden westeuropäischen Staaten und später ein gemeinsames Europa-Oberkommando für die Koordinierung der Streitkräfte der USA und der Westunion unter amerikanischem Oberbefehl geschaffen.

Herr Truman hat ausgerechnet den

General Eisenhower mit dem Oberkommando betraut, der den Frauen, Müttern und der Jugend Deutschlands noch in Erinnerung ist als der Organisator der Bombenteppiche, der barbarischen Luftangriffe auf die Wohnungen der Bevölkerung.

## Das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus an Rhein und Ruhr

Zu gleicher Zeit mit der Kriegesaggression gegen Korea sind die amerikanischen Kriegstreiber dabei, Westdeutschland zu ihrer europäischen Militärbasis zu machen. Präsident Truman nannte Westdeutschland die Front Nr. 1. Daraus erklärt sich, daß die USA-Regierung besonders an der Remilitarisierung Westdeutschlands interessiert ist. Daraus erklärt sich auch, daß sie auf der Viermächtevorkonferenz der Außenministerstellvertreter in Paris zu verhindern sucht, daß sie „durch Bemerkungen in der Tagesordnung der vier Mächte, die für die USA als Verpflichtung ausgelegt werden könnten, Westdeutschland nicht zu remilitarisieren“, behindert wird.

Um westdeutsche Konzern- und Bankherren und andere Rüstungsinteressenten und Revanchisten für die Eroberungspolitik der Herren von Washington und vom Petersberg zu gewinnen, versprechen sie den „deutschen Blutebrüdern“, wie sie sagen, gleiche Rechte bei gleichen Verpflichtungen und gleichem Risiko. Als Anzahlung haben sie die Herren des hitlerischen Rüstungsrats, die Krupp, Flick u. a., mit Ehren in ihren Freundeskreis aufgenommen und ihnen ihre Konzernbetriebe zurückgegeben. Herr Abs, Leiter der Deutschen Bank in der Hitlerzeit, hat zusammen mit dem Multimillionär Pferdenges, Bundestagsabgeordnetem der Christlich-Demokratischen Union, die Finanzpolitik Westdeutschlands in den Händen, und Hitlergeneral Speidel hat einen militärischen Stab gebildet, der bereits den Plan zur Schaffung eines westdeutschen Heeres ausgearbeitet hat. Herr Dr. Schumacher wurde auf Anweisung Eisenhowers über diese Pläne informiert.

Was die sogenannte Gleichberechtigung betrifft, so kann von einer solchen

niemals die Rede sein. Hat doch Deutschland den „Vorzug“, im Falle des geplanten amerikanischen Krieges als erster und Hauptkriegsschauplatz zu dienen.

Heute zeigt sich die große Schuld der rechten Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, die zugelassen haben, daß die alte hitlerische Rassenideologie und Revanchepolitik und die Verherrlichung der militärischen Verbrechen des Hitlerismus im Staats- und Wirtschaftsapparat und im öffentlichen Leben Westdeutschlands wieder verbreitet werden können. In Westdeutschland erscheint legal faschistische Kriegsliteratur. General Guderian vertritt weiter die hitlerische Rassentheorie über den Siegeszug der weißen Rasse. Er hetzt gegen das französische Volk, protestiert gegen die Aburteilung der Kriegsverbrecher durch das Nürnberger Gericht, bezeichnet die deutschen Kriegsverbrecher, die vom französischen Gericht abgeurteilt wurden, als unschuldig, und fordert die Wiedereroberung der Gebiete, die nicht mehr zu Deutschland gehören.

Was ist das Neue an der Konzeption Guderians? Er wirft Adenauer, Speidel und den anderen Militaristen vor, daß ihre Sache der Remilitarisierung unzulänglich fundiert ist, und appelliert an die USA um größeres Verständnis und um mehr Hilfe für die deutschen Kriegesinteressenten. Guderian ist also ebenso wie Adenauer gewillt, die nationalen Interessen des deutschen Volkes für die Machtinteressen der USA zu opfern.

Wir müssen also feststellen, daß es zweifellos General Eisenhower und den Gouverneuren vom Petersberg gelungen ist, die gegenwärtig führenden politischen Kräfte in Westdeutschland und einige früheren Militärs dafür zu gewinnen, jene Kriegspolitik unter Führung

von Truman und Eisenhower fortzusetzen, die sie früher unter Hitler betrieben haben. Daß dabei rücksichtslos das Leben der deutschen Bevölkerung und die Zukunft der Nation aufs Spiel gesetzt werden, geht auch aus der Zeitung „The New York Times“ vom 22. April 1951 hervor, in der es heißt:

„Alle unsere gegenwärtigen strategischen Berechnungen gründen sich auf ihren Beitrag, nicht nur von Stützpunkten, sondern auf viel mehr ausgebildete und ausgerüstete Mannschaften, als wir selbst in den gemeinsamen Topf werfen wollen.“

Der Plan der USA basiert also darauf, daß mehr deutsche Truppen in Europa eingesetzt werden, als die USA an amerikanischen Truppen bereit sind zur Verfügung zu stellen. Wenn der amerikanische Krieg in Europa von der Zahl der deutschen Truppen und der Liefe-

rung ihrer Ausrüstung abhängig ist, dann ist offenkundig, daß der Krieg verhindert werden kann, wenn die Volksmassen in Westdeutschland nicht mitmachen und sich der Remilitarisierung widersetzen.

Die aggressive Politik der Vorbereitung eines neuen Krieges durch die USA-Imperialisten wird noch unterstrichen durch die ablehnende Haltung der USA gegenüber den Vorschlägen der Sowjetunion in der UNO, die Atomwaffe zu verbieten, eine wirksame internationale Kontrolle über die Atomenergie zu errichten und die Rüstungen bzw. die militärischen Streitkräfte der fünf Großmächte zu vermindern. Auch die Ablehnung des sowjetischen Vorschlags, einen Fünfmächtepakt zur Festigung des Friedens abzuschließen, betont die kriegerischen Absichten der imperialistischen Kräfte in den USA.

## Was bedeutet die Remilitarisierung Westdeutschlands?

Es gibt leider Deutsche, die glauben, es handele sich bei der Remilitarisierung nur um Truppenkontingente und um die Zahl der Waffen. Das Programm der Remilitarisierung, wie sie von Adenauer, Blücher, Reuter, Schumacher, Guderian usw. begründet und durchgeführt wird, ist jedoch mehr. Es ist das Programm der Wiedererrichtung des deutschen Imperialismus.

Remilitarisierung — das ist die Schaffung einer westdeutschen Armee und Luftwaffe nach den Plänen, die im Einvernehmen mit General Eisenhower vom militärischen Stab in Bonn festgelegt wurden.

Remilitarisierung in Westdeutschland — das ist Revanchepolitik, das heißt, Vorbereitung des Krieges zur Eroberung von Gebieten anderer Staaten, wie Westpolen, das Sudetengebiet und so weiter.

Remilitarisierung — das ist die Entfaltung des Hasses gegen die friedliebenden Völker, vor allem gegen die Sowjetunion, gegen die Deutsche Demokratische Republik und gegen die volksdemokratischen Länder.

Remilitarisierung — das ist die Wiederherstellung der Macht der Rüstungsmonopole und Banken, die Wiederherstellung der Macht der Herren des hitlerischen Rüstungsrates.

Remilitarisierung — das ist die Durchführung des Schumanplans, des Plans der Rüstungsproduktion im Interesse der Ausrüstung der westdeutschen und westeuropäischen Armeen General Eisenhowers.

Remilitarisierung — das ist die Vorbereitung der Zerstörung unserer westdeutschen Heimat durch die Schaffung amerikanischer und westdeutscher Militärbasen und durch Sprengvorbereitungen.

Remilitarisierung — das ist die Verstärkung der Macht des Rüstungskapitals in Staat und Wirtschaft Westdeutschlands und die Senkung der Lebenshaltung des werktätigen Volkes durch Teuerung und Steuerdruck.

Remilitarisierung — das ist der Abbau der Volksrechte. Die Remilitarisierungsmaßnahmen der Gouverneure vom Petersberg und der Bonner Regierung stehen im Gegensatz zu den Le-

bensinteressen des deutschen Volkes, und deshalb wendet die Bonner Remilitarisierungsregierung immer mehr die Methoden der Papenregierung an, die bekanntlich der faschistischen Herrschaft und dem Krieg den Weg bereitete.

Diese Tatsachen lassen keinen Zweifel darüber:

## **Remilitarisierung, das bedeutet Krieg**

Auf die Anführung von Einzeltatsachen über die Remilitarisierung in Westdeutschland, über die militärische Ausbildung, den Uebergang zur Rüstungsproduktion usw. kann ich verzichten, denn darüber ist genügend bekannt geworden. Es sei nur auf einige wesentliche Tatsachen hingewiesen.

Die Bonner Regierung kann nicht bestreiten, daß Adenauer am 29. August 1950 an den amerikanischen Gouverneur McCloy ein Memorandum gerichtet hat, in dem er um Erhöhung der Zahl der Besatzungstruppen ersuchte. In dem Memorandum wurde gesagt:

„Der Bundeskanzler hat wiederholt um die Verstärkung der Besatzungstruppen gebeten und erneuert diese Bitte hiermit in dringendster Form. Denn die Verstärkung der alliierten Besatzungstruppen ist aber auch deshalb notwendig, weil nur hinter dem Schutz einer ausreichenden Zahl gutausgerüsteter alliierter Divisionen die gegenwärtig in Westeuropa anlaufenden ‚Verteidigungsmaßnahmen‘ ungestört durchgeführt werden können.“

Die Remilitarisierung Westdeutschlands, die Aufstellung einer westdeutschen Armee soll also unter der Deckung der amerikanischen und britischen Divisionen erfolgen. Zur Unterbringung amerikanischer, englischer, französischer, kanadischer Interventionstruppen haben die Amerikaner bisher 53 Kasernen und die Engländer 30 Kasernen angefordert. Die westdeutsche Bevölkerung hat dafür 460 Mark Besatzungskosten pro Kopf der Werktätigen in einem Jahr zu zahlen und dazu noch die Lasten steigender Preise zu tragen. Und das ist nur der Anfang.

Entscheidend ist die Tatsache der Fertigstellung der Pläne über die Schaffung der westdeutschen Truppenteile und der Umstellung der Wirtschaft auf die Rüstungswirtschaft. Solche Landesvertreter wie General Guderian und einige andere deutsche Generale haben den Amerikanern ihre Vorschläge über die Remilitarisierung Westdeutschlands auf Grund der Erfahrungen des Hitlerkrieges mitgeteilt. Die Generale Speidel, Guderian und andere kennen sehr gut die amerikanischen Pläne, die darauf basieren, daß durch einen langwierigen Bodenkampf in Deutschland die Kräfte des angenommenen Gegners des amerikanischen Imperialismus abgenutzt werden, während gleichzeitig die Produktions- und Versorgungszentren mit Atombomben belegt werden sollen. Da im amerikanischen Plan damit gerechnet wird, daß das Gebiet bis zur Ruhr nicht gehalten werden kann, soll also in diesem Falle Westdeutschland durch Atombomben dem Erdboden gleichgemacht werden. Davon ausgehend, haben die amerikanischen und englischen Truppen auf Anweisung Eisenhowers die Sprengkammern an den Brücken in Westdeutschland geschaffen.

Die „Neue Züricher Zeitung“ vom 20. April 1951 weist darauf hin, daß die USA in Bremerhaven eine Seestreitmacht konzentrieren, der eine Patrouillenflotte auf dem Rhein angegliedert ist mit der Aufgabe, „den Flußverkehr auf dem Rhein zu sichern und einen allfälligen Rückzug der westlichen Alliierten über den Rhein zu decken.“ Nach Veröffentlichungen der Westpresse verurteilte ein amerikanisches Gericht in Regensburg den Kaufmann Walter Sieffert zu acht Jahren Gefängnis, weil er sich in den Besitz eines „Evakuierungsplans von München“ gesetzt hatte, in dem gesagt ist, daß im Falle eines kriegerischen Konfliktes für die Angehörigen der amerikanischen Besatzungsmacht 11 Schnellzüge, 1 Lazarettzug und 4 Dieseltriebwagen bereitgestellt werden müssen. Wie das Gericht bekanntgab, war dieser Plan nur sehr wenigen Amerikanern bekannt und „gehörte zu den streng gehüteten Geheimnissen“.

Diese Erklärung eines amerikanischen Militärgerichts zeigt, daß der ameri-

kanische Plan wirklich bis zu Ende ausgearbeitet ist, und bestätigt, daß die

Vernichtung unserer westdeutschen Heimat vorgesehen ist.

## Die wirtschaftlichen Folgen der Remilitarisierung

Die verhängnisvollen Folgen der USA-Besatzungspolitik und der Kriegsvorbereitungen zeigen sich am drastischsten auf dem Gebiet der Wirtschaft. Die Kriegsvorbereitungen sind ein Riesengeschäft für die Konzern- und Bankherren der USA. Die Zeitschrift „U. S. News and World Report“, die im Namen der USA-Monopolisten spricht, schreibt in einem Artikel, der sich mit der Krise in den USA beschäftigt:

„Nach Korea wird es in der Welt immer noch Gefahrenpunkte geben, die für den Kongreß eine Ermunterung sein werden, die geforderten Mittel für Kriegsausrüstungen zu bewilligen. Wenn der Krieg in Korea zu Ende geht, dann bleibt die ‚Chance‘ einer Auseinandersetzung mit China über die Insel Formosa. Die USA bleiben in der nächsten Zukunft das Weltarsenal Nr. 1. Daher wird auch nach Meinung unserer ‚Wirtschaftsplaner‘ das Kriegsgeschäft weiterhin ein gutes Geschäft bleiben. Unsere Planer sehen keine ernstesten Rückschläge voraus, solange mit der Ausrüstung fortgefahren wird, selbst wenn sich die gespannte Weltlage lockert.“

Im Interesse der Erhöhung der Rüstungsgewinne der Konzerne Morgan, Rockefeller, Mellon usw. wurde rücksichtslos in die westdeutsche Wirtschaft eingegriffen.

Neben der Drosselung des Exports von westdeutschen Qualitätswaren suchen die amerikanischen Besatzungsbehörden vor allem den innerdeutschen Handel zu drosseln und haben der Bonner Regierung Direktiven gegeben, wie die Kosten der Remilitarisierung auf die westdeutsche Bevölkerung abgewälzt werden sollen.

Die westdeutschen Wirtschaftszeitungen heben hervor, daß die Remilitarisierung die wirtschaftlichen Möglichkeiten Westdeutschlands weit übersteigt, da Westdeutschland schon mit hohen Besatzungskosten belastet ist. Wenn die Kosten einer Panzerdivision

mit mehr als zwei Milliarden D-Mark in Rechnung gesetzt werden, so kann sich jeder westdeutsche Bürger selbst ausrechnen, um wieviel seine Lebenshaltung gesenkt wird, damit diese Rüstungskosten bestritten werden können.

Im laufenden Steuerjahr sollen nach den Vorschlägen von Finanzminister Schäffer die Steuerlasten von 21 Milliarden um weitere 10 Milliarden D-Mark erhöht werden. Adenauer erklärte, daß mit einer weiteren 30prozentigen Erhöhung der Preise im Bundesgebiet gerechnet werden müsse. Die Mieten für die Wohnungen aus der Zeit vor 1924 sollen um 30 Prozent und für die zwischen 1924 bis 1939 gebauten Wohnungen um 15 Prozent erhöht werden. Weiter soll eine Erhöhung der Licht- und Gaspreise und der Verkehrstarife erfolgen. Die sozialdemokratische „Volkszeitung“ für Schleswig-Holstein schrieb in einem Artikel über die Bonner Politik u. a.:

„Was uns heute gerade auf dem Sektor der indirekten Steuern zugemutet wird, ist wohl das Unsozialste, was zur Zeit ein Staat seinen Bürgern aufoktroziert.“

Dem Wirtschaftsminister Ehrhard wurde von alliierter Seite ein Plan über die Einführung der Zwangswirtschaft vorgelegt. Ein Vertreter der deutschen Industrie äußerte dazu:

„Die hier geplante Zwangsbewirtschaftung geht viel weiter als die von Hitler.“

Am schwersten leidet heute schon die werktätige Bevölkerung unter der Teuerung. Die Brotpreise und die Preise anderer Lebensmittel wurden erhöht. Nach dem Bericht des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften verdienen zwei Drittel der westdeutschen Bevölkerung unter 250 D-Mark brutto im Monat. Nach dem Bericht haben:

„6,1 Millionen, das sind 27,1 Prozent aller Einkommenbezieher, ein Monatseinkommen unter 100 D-Mark; 8,3 Mil-

tionen oder 36,8 Prozent liegen mit ihren monatlichen Bezügen zwischen 101 und 250 D-Mark. Insgesamt gibt es also in der Bundesrepublik 14,8 Millionen oder 63,9 Prozent aller Ein-

kommenbezieher, die im Monat über weniger als 250 D-Mark verfügen." Der Durchschnittsverbrauch je Kopf ist in Westdeutschland bedeutend niedriger als vor dem zweiten Weltkrieg:

	1937 kg	1950 kg	Senkung i. v. H.
Fette . . . . .	26,9	20,7	— 23
Fleisch und Fleischwaren . . . . .	50,5	17,0	— 66
Fisch und Fischwaren . . . . .	12,2	11,0	— 10
Zucker . . . . .	24,0	23,0	— 4

Für seine Bekleidung zahlt der Werk-tätige in Westdeutschland 25 bis 30 Pro-zent mehr als vor einigen Monaten. Da-mit im Zusammenhang steht die rück-läufige Entwicklung im Einzelhandel. Die Teuerung wird organisiert. Das er-klärte Wirtschaftsminister Ehrhard vor dem Bonner Kabinett damit, daß die „Abschöpfung der Kaufkraft durch Preiserhöhungen“, das heißt, ein Rück-gang der Kaufkraft, vorgesehen ist, da-mit mehr Mittel für „Investierungen“ zur Verfügung stehen, das heißt, für die Remilitarisierung.

Zur gleichen Zeit sind jedoch die Ge-winne der großen Aktiengesellschaften schnell gestiegen. So heißt es in dem erwähnten Bericht:

„605 Aktiengesellschaften haben ihr ehemaliges Reichsmarkkapital von 1,977,10 Millionen ungeschmälert 1 : 1 auf D-Mark umgestellt; 136 Aktien-gesellschaften haben es von 246,71 Millionen auf 313,22 Millionen erhöht. Der 10 : 1 - Umtausch galt also nur für die Massen der Werktätigen, für den Mittelstand und für die weniger kapi-talkräftigen Fabrikanten und Kauf-leute.“

Bei den Gesellschaften mit beschränk-ter Haftung gibt es Kapitalerhöhungen, die alle Rekorde bei den Aktiengesell-schaften schlagen.

Die Tatsachen zeigen, daß durch die Remilitarisierung eine wirtschaftliche Lage herbeigeführt wird, die schlimmer ist als vor dem ersten oder zweiten Weltkrieg, weil Westdeutschland über keinerlei Reserven verfügt. Daher kommt es, daß die Bonner Regierung im Zuge der Vorbereitung der Remilitarisierung die Belastung der Volksmassen ver-

schärft, damit aber auch ihre eigene Basis untergräbt.

Es kommt hinzu, daß die Durchfüh-rung des Marshallplans, dieses Rüstungs-plans, die wirtschaftlichen Gegensätze auch zwischen den Interessen der Mo-nopolherren der USA und der Mehrheit der westdeutschen Unternehmer ver-schärft. Der Druck des amerikanischen Monopolkapitals auf die westdeutsche Wirtschaft, den Handel mit der Deut-schen Demokratischen Republik einzu-stellen und auf den Osthandel zu ver-zichten, richtet sich unmittelbar gegen die wirtschaftlichen Lebensinteressen Westdeutschlands. Die französische mo-nopolkapitalistische Zeitung „Le Monde“ sagt dazu:

„Wie man es auch nehmen mag, der westliche Markt kann dem deutschen Handel Osteuropa und Asien, die Lie-ferungen von Rohstoffen und Lebens-mitteln und große Käufer von Fertig-waren, nicht ersetzen. Das wirtschaft-liche Gleichgewicht Deutschlands kann nicht wiederhergestellt werden, wenn es seine Verbindungen mit diesem Teil der Erde nicht wiedererlangt.“

Die amerikanische und britische Be-satzungsmacht verweigern den deut-schen Unternehmern das Recht, den Ost-West-Handel in derselben Weise durch-zuführen wie englische, französische oder belgische Unternehmer. Es dient nicht zur Beruhigung, wenn englische Besatzungsbeamte erklären, daß eng-lische Uniformen und andere Rüstungs-aufträge nach Westdeutschland gegeben werden, oder wenn amerikanische Kon-zerne Waren in Deutschland bestellen, um sie zu höheren Preisen in den Teil-en des Weltmarktes abzusetzen, wo

über Deutschland selbst Handel treiben und seine Waren verkaufen konnte.

Zur gleichen Zeit entstehen den Handwerkern und mittleren Betrieben zunehmende Schwierigkeiten durch die Einschränkung der Rohstoffeinfuhr der Atlantikpaktländer nach Deutschland.

Die vorliegenden Tatsachen führen zu der Schlußfolgerung, daß Westdeutschland wirtschaftlich am stärksten unter den Kriegsrüstungen zu leiden hat. Die imperialistische Bruderschaft zwischen dem amerikanischen und westdeutschen Monopolkapital hindert das erstere

nicht, seine wirtschaftlichen Machtmittel rücksichtslos anzuwenden, um seine eigenen Gewinne auf Kosten der westdeutschen Wirtschaft zu steigern. Die Tatsache, daß Westdeutschland zur Remilitarisierung übergeht unter den Verhältnissen einer geschwächten Wirtschaft, die noch nicht die Folgen des Hitlerkrieges überwunden hat, muß den Gegensatz zwischen den westdeutschen Rüstungsindustriellen und ihrer Bonner Regierung auf der einen Seite und den werktätigen Volksmassen auf der anderen Seite weiter verschärfen.

## Die Legende von der europäischen Idee Eisenhowers

Ich möchte nun auf einige Argumente eingehen, die von den Remilitaristen verbreitet werden. Diese Leute behaupten zum Beispiel, die Remilitarisierung Westdeutschlands diene der „europäischen Idee.“ Aus den Erfahrungen seiner Reise in Westdeutschland hatte General Eisenhower die Schlußfolgerung gezogen, daß man der Bevölkerung Westdeutschlands und den Völkern Westeuropas die Kriegsvorbereitungen als ihre eigene Sache darstellen müsse. Diesem speziellen Zweck dient die Europa-Union. Es gibt in Westdeutschland naive Gemüter, die es als einen Erfolg buchen, daß Adenauer neben Vertretern anderer Länder im Europa-Rat in Straßburg sitzen darf. Als ob der Europa-Rat etwas zu sagen hätte! Die „Europa-Idee“ ist in Wirklichkeit die Idee des sehr uneuropäischen Herrn Truman, und über die Durchführung dieser Idee wird auf dem Petersberg und nicht in Straßburg bestimmt.

Während der Deutschen Demokratischen Republik von der Sowjetunion umfassende Rechte und Vollmachten auch auf dem Gebiete der Außenpolitik übergeben wurden, noch vor Bestehen eines Friedensvertrages für ganz Deutschland, wird in Westdeutschland die amerikanische Protektorats-herrschaft ständig verstärkt. Herr Adenauer durfte den Schumanplan unterzeichnen und das Herz der deutschen Wirtschaft, Kohle und Stahl an Ruhr und Rhein, der Kontrolle des amerikanischen Finanzkapitals ausliefern. Adenauer durfte die alten

deutschen Auslandsschulden und die neuen Schulden anerkennen und ebenso die Annexion des Saargebietes durch die französischen Monopole. Er durfte der europäischen Zahlungsunion beitreten und dadurch die westdeutsche Wirtschaft noch mehr in Abhängigkeit vom amerikanischen, englischen und französischen Finanzkapital bringen.

Die Remilitaristen behaupten, es handelte sich „nur um einen deutschen Beitrag zur Europa-Verteidigung“. Dieser Beitrag ist besonderer Art und unterscheidet sich vom Beitrag aller anderen Staaten. **Der deutsche Beitrag besteht nämlich darin, den Boden Westdeutschlands als Kriegsschauplatz zur Verfügung zu stellen.** Das ist eine eigenartige „europäische Verteidigung“, die auf Befehl des Präsidenten Truman erfolgt und deren Kommando in den Händen des amerikanischen Generals Eisenhower liegt.

Die Entsendung von amerikanischen Armeen und Luftdivisionen nach Westdeutschland und Westeuropa widerlegt die Legende von der „europäischen Verteidigung“ und zeigt, daß es sich um eine Invasion der USA handelt; denn schließlich sind Westdeutschland oder Frankreich kein 49. Staat der USA. Die USA können auch nicht behaupten, daß sie von Deutschland aus irgendwie bedroht werden. Es handelt sich also offenkundig um einen deutschen Beitrag für die Weltmachtinteressen der beutegierigen Monopolherren der USA.



Wie die USA unter der Maske der Verteidigung den Angriffskrieg vorbereiten, dafür geben die Dokumente aus den Geheimarchiven der südkoreanischen Regierung in Seoul dem deutschen Volk eine große Lehre. Es ist notwendig, diese Dokumente sehr gründlich zu studieren, da der amerikanische Gouverneur McCloy erklärt hat:

„Was wir in Deutschland tun, ist dasselbe, was unsere Armeen in Korea leisten“,

und Truman ergänzte:

„General Eisenhower wird in Europa genau die gleiche Position innehaben, wie General MacArthur im Fernen Osten.“

Wir glauben, es wird keinen normal denkenden Menschen geben, der dem General Eisenhower erlauben möchte, auf deutschem Boden die gleichen Verbrechen zu begehen, wie sie General MacArthur im Fernen Osten begangen hat.

Angesichts der Verbrechen, die General Eisenhower im Bunde mit Adenauer, Blücher, Reuter und mit Hilfe Schumachers vorbereitet, gewinnen die Worte unseres großen Dichters Friedrich Schiller aktuelle Bedeutung:

„Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles freudig setzt an ihre Ehre.“

**Die Ehre der deutschen Nation erfordert:** sich nicht mißbrauchen zu lassen für die egoistischen Interessen amerikanischer Rüstungsmillionäre. Es hat nichts mit deutscher Ehre zu tun, sich für die Weltmachtinteressen amerikanischer Monopolherren auf dem Schlachtfelde zu opfern.

**Die Ehre der deutschen Nation erfordert:** schärfsten Protest zu erheben gegen den Einmarsch der Invasionstruppen der USA und anderer imperialistischer Mächte in Westdeutschland, die von den Adenauer, Blücher, Reuter und Schumacher herbeigewünscht wurden.

**Die Ehre der deutschen Nation erfordert:** der Spaltungspolitik der fremden Gouverneure und der Adenauer-Regierung Widerstand entgegenzusetzen und die Losung zu verwirklichen: **Deutsche an einen Tisch!**

**Die Ehre der deutschen Nation erfordert:**

die Eingriffe der Gouverneure vom Petersberg in den innerdeutschen Handel entschieden zurückzuweisen.

**Die Ehre der deutschen Nation erfordert:** die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für einen Friedensvertrag mit Deutschland noch im Jahre 1951 in allen Teilen Deutschlands durchzuführen.

**Die Ehre der deutschen Nation erfordert:** daß sechs Jahre nach dem Krieg dem deutschen Volke endlich ein Friedensvertrag gewährt und der unerträgliche Zustand beseitigt wird, daß ausländische Gouverneure von der Zwingburg auf dem Petersberg aus das deutsche Volk knebeln und ausbeuten.

**Die Ehre der deutschen Nation erfordert:** Freundschaft mit der Sowjetunion und mit den Ländern der Volksdemokratie, die uns im Kampfe um die nationale Einheit unseres Vaterlandes freundschaftlich unterstützen.

Politiker der Christlich-Demokratischen Union in Westdeutschland behaupten, die Sicherheit erfordere die Remilitarisierung. Heute ist in Westdeutschland schon sichtbar, daß gerade durch die Remilitarisierung die größte Unsicherheit herbeigeführt wird. Sicherheit im Frieden, das erfordert vor allem den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland. Eben das wollen Truman, Eisenhower und Adenauer verhindern. Sicherheit erfordert, daß die USA-Truppen aus Westdeutschland abgezogen werden, da sie eine ständige Gefährdung des Friedens sind. Sicherheit ist nur dann möglich, wenn in Westdeutschland das Volk selbst bestimmt und von seinen demokratischen Rechten Gebrauch machen kann, und nicht amerikahörige Minister in Bonn.

Manche Leute sagen, die Remilitarisierung sei notwendig, um Westdeutschland zu schützen. Wir denken, es gibt einen billigeren Weg, nämlich den Weg der Verständigung zwischen den deutschen Patrioten und den Abschluß eines Friedenspaktes der fünf Großmächte, wie er vom Weltfriedenskongreß vorgeschlagen wurde. Der Vorschlag von Ministerpräsident Otto Grotewohl zur Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates und die acht Punkte der Volkskammer für die gemeinsamen Beratungen

der Vertreter Westdeutschlands und Ostdeutschlands zeigen den Weg zu einer solchen Verständigung.

Vor allem in den Kreisen der Geistes-schaffenden wird oft darauf hingewiesen, daß sie sich mit dem „westlichen Kultur-kreis“ oder, wie sie sagen, mit dem Abendland verbünden fühlen und des-halb mit der Politik der Regierungen der USA und Großbritanniens sympathisieren. Unseres Erachtens geht es nicht um die Frage westliche oder östliche Kultur, son-derum um die Erhaltung des Friedens und um die Pflege und schöpferische Weiter-entwicklung des nationalen Kulturerbes jedes Volkes und um den Widerstand gegen die Kulturbarbarei, wie sie vom USA-Monopolkapital verbreitet wird. Es ist unwahr, daß das klassische Erbe der westeuropäischen Länder nur in die-sen Ländern gepflegt wird. Man kann heute im Gegenteil sagen, daß die huma-nistischen Ideen der Großen Französ-ischen Revolution, der englischen, deut-schen, französischen und italienischen Klassiker und Wissenschaftler mehr in der Sowjetunion, in den volksdemokrati-schen Ländern und in der Deutschen De-mokratischen Republik gepflegt werden als in den Großstädten Westeuropas, wo die von den amerikanischen Militärs ein-geführte Affenkultur der amerikanischen Imperialisten immer mehr Platz greift und dekadente Kriminalfilme, Lärm-musik und alle möglichen Perversitäten ge-pflegt werden.

Manche Leute behaupten, jeder Staat habe ein Heer, also brauche auch Deutschland ein Heer. Dazu ist folgen-des zu sagen: Ein Heer in Westdeutsch-land, wo der amerikanische Gouverneur bestimmt, wird immer gegen die Inter-essen des Volkes mißbraucht werden.

Wozu brauchen wir in Deutschland ein Heer, wo wir unsere ganze Kraft be-nötigen, um unsere deutsche Heimat wieder aufzubauen, und wo es in Europa niemanden gibt, der die Absicht hat, die Beziehungen mit einem fried-liebenden Deutschland zu stören? Die Völker Europas wären froh, wenn ein einiges Deutschland bestände, mit einer Regierung an der Spitze, die die Erhal-tung des Friedens und der demokrati-schen Ordnung gewährleistet.

Das Beispiel der Beziehungen zwi-schen den volksdemokratischen Ländern

und der Sowjetunion, wie das Beispiel der Beziehungen zwischen diesen Län-dern und der Deutschen Demokratischen Republik bestätigt:

**Deutschland braucht kein Heer, son-derm die Schaffung der Grundlagen einer friedlichen Ordnung auch in West-deutschland.**

**Das deutsche Volk braucht kein Heer, sondern einen Friedensvertrag.**

**Das deutsche Volk braucht keine die Nation verarmende Rüstungswirtschaft, sondern eine die Nation bereichernde Friedenswirtschaft.**

Nun gibt es Leute, die ihr altes preu-bisches Denken noch nicht abgestreift haben. Diese sagen: „Je stärker wir militärisch sind, um so besser läßt es sich verhandeln.“ Wird es nach zwei Kriegskatastrophen nicht allmählich Zeit, daß auch diese Deutschen ver-stehen lernen, daß die Stärke des deut-schen Volkes nicht in der Stärke militä-rischer Formationen und in der Zahl der Waffen ihren Ausdruck findet? Die 300 000 Mann dieses westdeutschen Heeres sind zwar sehr teuer, aber doch sind sie nur eine lächerliche Truppe im Verhältnis zur Hitlerarmee, die bekanntlich ver-nichtend geschlagen wurde.

Die wirkliche Stärke des deutschen Volkes kommt zum Ausdruck in seinem gemeinsamen Willen, einen Friedens-vertrag zu erzwingen. Die Remilitarisie-rung und die damit verbundene Vertiefung der Spaltung Deutschlands dienen jedoch dem Zweck, den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu verhindern.

Manche Menschen veranlaßt ihr na-türliches Rechtsempfinden, für den Frie-den und gegen die Remilitarisierung zu sein, und doch haben sie sich noch nicht für die Teilnahme an der Volksbefragung entschieden, weil bei ihnen noch das Gift der antikommunistischen Hetze wirkt. Dieses unentschlossene Verhalten nützt nur den Remilitaristen.

**Wer ehrlich den Frieden will, für den ist das erste Gebot die Teil-nahme an der großen Friedensbewegung ohne Rücksicht auf Parteiinteressen, auf Verschiedenheit der Weltanschauungen oder sonstige Auffassungen. Wenn manche sagen, sie beten im stillen für die Erhaltung des Friedens, so genügt**

das nicht. Im Kampf um die Erhaltung des Friedens ist nur das offene, bewußte Eintreten für den Frieden von Bedeutung. Nur durch die organisierte Kraft der Friedensbewegung kann dem Treiben der Kriegshetzer Einhalt geboten werden.

Die Verantwortlichkeit jedes einzelnen für die Erhaltung des Friedens und die Zukunft Deutschlands wird im Aufruf des Hauptausschusses für Volksbefragung in eindringlicher Weise jedem Deutschen zum Bewußtsein gebracht:

„Jeder Deutsche kann heute schon ermessen“, heißt es darin, „daß die Remilitarisierung den Krieg und damit noch größeres Unheil heraufbeschwört. Kein Deutscher kann sich daher später entschuldigen: Ich habe es nicht gewußt.“

Wer sich nicht an der Volksbefragung beteiligt, macht sich mitschuldig an allen Folgen der Remilitarisierung.“

Pastor Niemöller sprach am 17. April im Alliierten Presseclub in Frankfurt über Gegenwartsprobleme. Er stellte die Fragen der Wiederbewaffnung und der Wiedervereinigung des geteilten Deutschlands im engsten Zusammenhang und erklärte: Er sei davon überzeugt, daß die Wiederbewaffnung die Vereinigung Deutschlands unmöglich machen werde. Daher sollten sich die Deutschen, so lange es nur irgend gebe, aus einer Beteiligung an den westlichen Streitkräften heraushalten.

Pastor Niemöller erklärte weiter, es komme ihm nur darauf an, einen künftigen Krieg soweit wie möglich zu vermeiden. . . Er setzte sich erneut mit allem Nachdruck für eine Neutralisierung Deutschlands ein. Sie bedeute einen Zeitgewinn, während eine unmittelbare Gefahr aus dem Osten nicht drohe. Diese Worte Niemöllers drücken ein tiefes vaterländisches Verantwortungsbewußtsein aus.

Ich erinnere daran, daß der Wille der friedliebenden Bevölkerung Deutschlands im Programm der Nationalen Front des demokratischen Deutschland vom 25. August 1950 klar und eindeutig zum Ausdruck gebracht wird. In diesem Programm heißt es:

„Das deutsche Volk will keinen neuen Krieg. Es hat erfahren, daß der Krieg nur Not und Elend, Verarmung und Tod bringt.“

Es ist genug der über 20 Millionen Toten und Krüppel, die der erste und zweite Weltkrieg unserem Volke gekostet hat!

Es ist genug der Tränen der Frauen und Mütter um ihre gefallenen Männer und Söhne!

Es ist genug der zerstörten Städte und Dörfer, für deren Wiederaufbau das Volk große Opfer bringen muß!

Ein neuer Weltkrieg würde unsere deutsche Heimat als Hauptkriegsschauplatz sehen.

Er würde alles Dagewesene an Not, Tod und Vernichtung übertreffen; denn die amerikanischen Kriegsbrandstifter drohen mit der Atombombe.

Niemand ist darüber im Zweifel, welche Schrecken, welche verheerende Zerstörung ein neuer Krieg bringen würde.

Schon bereiten die imperialistischen Kriegsschürer die Verwandlung Westdeutschlands in eine Zone des Todes vor. Sie betreiben die Aufstellung einer westeuropäischen Angriffsarmee mit deutschen Söldnern und stellen die westdeutsche Industrie in den Dienst ihrer Kriegsvorbereitungen.

Aber unser Volk, unsere Kinder sollen leben und eine gesicherte Zukunft haben.

Darum muß mit aller Kraft für den Frieden und gegen die Brandstifter eines neuen Krieges gekämpft werden.

Darum erkannte das ganze friedliebende deutsche Volk die Potsdamer Beschlüsse der Alliierten an.

Krieg ist Menschenwerk und darum auch durch die Menschen zu verhindern.“

## Deutschland und die Sowjetunion

Es gibt westdeutsche Bürger, die sagen, Volksabstimmung für einen Friedensvertrag mit Deutschland sei ganz gut, aber die Sowjetunion stecke doch bestimmt dahinter. Vom sachlichen Standpunkt betrachtet, wären die Friedenskräfte in Deutschland froh, wenn recht viele Staaten hinter der Forderung des deutschen Volkes auf Abschluß eines Friedensvertrages stecken würden. Zum Beispiel würde es jeder begrüßen, wenn sich auch England und die USA für den Abschluß eines Friedensvertrages der Großmächte mit Deutschland einsetzen würden. Der einzige reale Maßstab des Verhältnisses der friedliebenden Deutschen zu den einzelnen Großmächten kann doch nur deren Stellungnahme zum Friedensvertrag mit Deutschland und dem darauf folgenden Abzug der Besatzungstruppen sein. Die Sowjetunion jedenfalls hat bewiesen, daß sie eine konsequente Haltung in dieser Frage vertritt. Bereits in Jalta und Potsdam hat sie sich gegen die Spaltung Deutschlands gewandt, denn schon in Potsdam hat Generalissimus Stalin die Behandlung Deutschlands als einheitlichen Staat und die Bildung einer Gesamtdeutschen Provisorischen Regierung gefordert. Das muß uns zu tiefer Dankbarkeit veranlassen.

Gewisse Politiker in Bonn haben aber einfach die Argumente der Goebbelspropaganda aus der Zeit des „Kreuzzuges gegen den Kommunismus“ übernommen und glauben damit das deutsche Volk noch einmal in den Krieg hetzen zu können. Diese Bonner Kriegstreiber übersehen folgendes:

**Erstens:** Breite Kreise der deutschen Bevölkerung haben erkannt, daß die Sowjetunion durch den Sieg über den Hitlerfaschismus das bisher größte Werk des Friedens vollbracht hat, einen großen Teil Deutschlands befreite und durch ihren Sieg die Grundlagen für ein friedliches und freundschaftliches Zusammenleben der Völker der neuen Staaten der Volksherrschaft schuf,

**zweitens:** Die Sowjetunion ist als einzige Großmacht von Anfang an für die nationale Einheit und Unabhängig-

keit eines friedlichen und demokratischen Deutschlands eingetreten;

**drittens:** Die Sowjetunion unternimmt alles in ihren Kräften Stehende, damit im Sinne des Beschlusses des Weltfriedenskongresses ein Friedenspakt der fünf Großmächte zustande kommt, der für die Erhaltung des Friedens von größter Bedeutung wäre;

**viertens:** Selbst durch die übelste Hetze der Gegner kann nicht mehr verschleiert werden, daß die Sowjetunion ein friedliebender, lebensvoller Staat ist, in dem Leistungen des Aufbaus, der Wissenschaft, der Kultur erreicht werden, wie in keinem anderen Lande.

Mögen manche Bürger bei uns gegen den Aufbau des Kommunismus in der Sowjetunion noch so viele Vorbehalte haben, eines kann niemand bestreiten, **eines muß jeder friedliebende Bürger mit Hochachtung anerkennen:** das konsequente Auftreten der Vertreter der Sowjetunion auf allen internationalen Konferenzen für eine friedliche Lösung des Problems der Einheit Deutschlands und für die Schaffung eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen deutschen Staates. Auf der Pariser Vorkonferenz der Stellvertreternden Außenminister hat der Vertreter der UdSSR, G r o m y k o , wiederum

„die Beschleunigung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland und den darauf folgenden Abzug der Besatzungstruppen aus Deutschland“

gefordert. Eine feste Richtschnur für diese Friedenspolitik sind die Worte Generalissimus Stalins in seinem an Präsident Wilhelm Pieck und Ministerpräsident Otto Grotewohl anläßlich der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik gerichteten historischen Telegramm:

**„Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Existenz eines friedliebenden, demokratischen Deutschlands neben dem Bestehen der friedliebenden Sowjetunion die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausschließt, dem Blutvergießen in Europa ein Ende macht und die Knechtung der europäischen Län-**

**der durch die Weltimperialisten unmöglich macht."**

Die Sowjetunion ist der einzige europäische Staat, der seit seiner Gründung niemals eine Handlung beging, die gegen die nationalen Interessen des deutschen Volkes gerichtet gewesen wäre. Die Sowjetunion ist das Land, in dem es keine Krisen gibt, das Land des großen wirtschaftlichen Aufstiegs, das Land, das sich stets gegen die Ausbeutung anderer Völker wandte. Die Sowjet-

union ist das reiche Land, das keinerlei Konkurrenzinteressen kennt, die im Gegensatz stehen zu den wirtschaftlichen Interessen des deutschen Volkes. Deshalb ist die Sache der Freundschaft zwischen dem deutschen Volk und dem Sowjetvolk nicht nur eine Sache der Sozialisten und der Mitglieder der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft.

**Die Freundschaft mit der Sowjetunion muß zur Sache aller patriotischen Deutschen werden!**

## **Wer sind in Westdeutschland die Freunde, und wer sind die Feinde des Friedens?**

Die Adenauer-Regierung hat in ihrer Regierungserklärung behauptet, sie verbiete die Volksbefragung, weil Kräfte dahinterstehen, die gegen die demokratische Ordnung in Westdeutschland seien. Aber wozu nimmt Adenauer das Recht, die Ordnung in Westdeutschland als demokratisch zu bezeichnen, wenn die Bevölkerung nicht einmal das Recht haben soll, frei ihre Meinung zu sagen und eine Volksabstimmung über die Frage der Remilitarisierung durchzuführen? Das Verhalten zur Remilitarisierung und zur Forderung eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951 und zur freien Meinungsäußerung für diese Lebensforderung des Volkes läßt erkennen, wer für die Rechte des Volkes, für Demokratie, und wer gegen die Demokratie ist.

Es ist nicht zufällig, daß die Adenauer-Regierung in Verbindung mit der Durchführung der Remilitarisierung die verfassungsmäßigen Grundrechte des Volkes zu beseitigen sucht, indem sie die Volksbefragung verbietet und durch Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Freie Deutsche Jugend, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, den Gesamtdeutschen Arbeitskreis der Landwirtschaft, das Koalitionsrecht und die Meinungsfreiheit immer mehr einschränkt. Damit bekunden die herrschenden Kreise in Bonn vor aller Welt, daß sie gegen die Freiheit des Volkes sind. Der württembergische Ministerpräsident Dr. Maier schrieb bereits am 28. Februar Herrn Adenauer ins Stammbuch:

**„Der Herr Bundeskanzler muß sich klar darüber sein, in welchem tiefem Gegensatz zum Volk er sich befindet“**, und er fügte hinzu:

**„Zu den einfachen Leuten muß man gehen, wenn man die Wahrheit erfahren will.“**

Diese einfachen Menschen sind aber bekanntlich gegen die Remilitarisierung und gegen den Krieg. Adenauer kennt sehr gut die Meinung der einfachen Menschen, und gerade deshalb sucht er durch Verbot der Volksbefragung und mit anderen ungesetzlichen Mitteln die Meinung des Volkes zu unterdrücken und den Willen der westdeutschen Konzernherren, Revanchepolitiker und der Gouverneure vom Petersberg durchzusetzen.

Wenn es Leute gibt, die sagen, es drohe die „Gefahr des Kommunismus“, so zeigen doch die Tatsachen in Westdeutschland, daß in Wirklichkeit die Beseitigung der Volksrechte droht. **Die geringen demokratischen Volksrechte in Westdeutschland sind in Gefahr.** Das ist die wirkliche Lage. In dem Maße, wie die Remilitarisierung durchgeführt wird, werden die demokratischen Rechte des Volkes immer mehr bedroht. **Die Aufstellung jedes weiteren Truppenteils stärkt die Machtpositionen der alten reaktionären Militärs**, und der Uebergang zur Rüstungsproduktion stärkt die wirtschaftliche Macht der Konzern- und Bankherren. Es ist deshalb ein leichtfertiger Glaube kurzsichtiger Menschen, die annehmen, es handele sich nur um Verbotsmaßnahmen gegen die Volksbefragung.

Das Verbot der Volksbefragung durch die Adenauerregierung ist der Beginn einer Kette von Maßnahmen gegen die demokratischen Freiheiten überhaupt, ähnlich wie im Jahre 1932 die Verbotmaßnahmen von Brüning und Papen der Vorbereitung des Ueberganges zu faschistischen Herrschaftsmethoden dienten. Aus diesen Gründen ist in Westdeutschland die Volksbefragung gegen

die Remilitarisierung mit der Verteidigung der demokratischen Volksrechte eng verbunden.

Da Herr Adenauer in der Regierungserklärung gegen die Volksbefragung den Wunsch nach einer Auseinandersetzung mit uns über Demokratie geäußert hat, sind wir gern bereit, um der Demokratie willen den Bonner Herren ihren Spiegel vorzuhalten.

## Wodurch werden die politischen Verhältnisse in Westdeutschland charakterisiert?

Die politische Macht liegt in den Händen ausländischer Gouverneure, die von der Zwingburg auf dem Petersberg ihre Befehle erteilen. Nicht weit davon hat die Bonner Regierung ihren Sitz, in deren Staatsapparat größtenteils die gleichen reaktionären Kräfte tätig sind, die einst Hitler den Weg bereitet und die hitlerische Kriegspolitik unterstützt haben.

Konrad Adenauer ist als alter Separatist und Revanchepolitiker bekannt. Als Mitglied des Aufsichtsrates einer Reihe von Unternehmen ist Adenauer mit den Interessen der rheinischen Konzernbesitzer eng verbunden. In der Weimarer Zeit war sein Ziel, Bayern und die Rheinprovinz mit Oesterreich zu einem Block unter der Führung der Habsburger Monarchie zu vereinen.

Finanzminister Dr. Fritz Schäffer, früher Vorsitzender der Bayerischen Volkspartei, wurde von der amerikanischen Militärregierung im Jahre 1946 wie folgt charakterisiert: In Zusammenarbeit mit den Nazis war er während seiner ganzen politischen Karriere ein Exponent der ultranationalistischen und militaristischen Ideologie, die zur Naziregierung und zum Krieg führte.

Hermann Abs war unter Hitler der Leiter der Deutschen Bank und beschäftigte sich mit der Ausbeutung der vom Hitlerfaschismus okkupierten Länder. In dieser Funktion gehörte er dem sogenannten „Rußland-Ausschuß“ an. Er ist Mitglied des Vorstandes von 43 der größten Aktiengesell-

schaften und gegenwärtig Mitglied des „Wirtschaftsführungsstabes“ bei Adenauer.

Robert Pferdenges, einer der nächsten Vertrauten Adenauers, ist der führende Mann des westdeutschen Bankkapitals. In der Hitlerzeit gehörte er dem Aufsichtsrat von 20 der größten Unternehmen der Großindustrie an.

Dr. Blücher vertritt in der Regierung die Interessen des Scharfmacherverbandes der deutschen Industrie und ist eng mit den führenden Männern des Stahlvereins verbunden.

Otto A. Friedrich, Rohstoffkommissar bei Adenauer, war in der Weimarer Zeit in leitender Stellung bei einer der größten amerikanischen Gummifabriken und unter Hitler Wehrwirtschaftsführer.

Dr. Friedrich Ernst, unter Hitler Reichskommissar für die „Verwaltung des Feindvermögens“, ist jetzt Leiter des „Wirtschaftsführungsstabes“ bei Adenauer.

In der Wirtschaftsführung Westdeutschlands sind Hitlers Wehrwirtschaftsführer wieder tätig, darunter Dinkelbach vom Stahlverein, Roelen vom Stahltrust, Reuter von der DEMAG, Merten von der Metallgesellschaft Frankfurt, Monden, der unter Hitler Geschäftsführer von Dnjeprstahl GmbH war und die Ausraubung der Ukraine betrieb, und andere.

Daß diese westdeutschen Machthaber für die Remilitarisierung sind, das ergibt sich schon allein aus ihrem Interesse, möglichst hohe Rüstungsgewinne

zu erreichen. Wer kann von diesen alten Vertretern des deutschen Imperialismus etwas anderes erwarten als ein Verbot der Volksbefragung?

Wenn diese Clique entgegen dem Willen des Volkes die Remilitarisierung betreiben kann, so nur deshalb, weil die Friedensanhänger noch zersplittert sind, weil sie noch nicht genügend organisiert sind und noch nicht entschlossen genug den Kampf für die Rettung des Friedens führen.

Für die Verhinderung der Einigung der Friedensanhänger tragen die Hauptverantwortung die sozialdemokratische Führung mit Schumacher und Ollenhauer an der Spitze und die Führung des Gewerkschaftsbundes in Westdeutschland, die alles tun, um die Einigung der Arbeiterschaft und der friedliebenden Kräfte zu verhindern. Schumacher markiert „Opposition“, um breite Kreise der Arbeiterschaft, die empört sind über den Volksbetrug der Bonner Regierung, von Aktionen für ihre ureigensten Lebensforderungen abzuhalten.

McCloy weist in seinem Bericht vom 15. Dezember 1950 darauf hin, daß das unterschiedliche Auftreten der Regierungs- und der Oppositionsparteien nur ein unterschiedliches taktisches Verhalten zum Ausdruck bringe. Das Eintreten Schumachers für die Bildung einer sogenannten Volksarmee und seine Erklärung, daß der Entscheidungskampf an der Weichsel-Njemen-Linie geführt werden müsse, zeigen, daß er die militaristische Politik der Adenauerregierung unterstützt, wenn auch mit anderen Worten. Das Zusammenspiel von Regierung und Opposition zeigt sich vor allem darin, daß die Adenauerregierung diktatorisch, auch ohne das Bonner Parlament zu fragen, die Remilitarisierungsmaßnahmen durchführt und sich entschieden gegen Neuwahlen zum Bundesparlament wendet. Schumacher, der das genau weiß, treibt Propaganda für Wahlen und versucht damit, die sozialdemokratischen Anhänger und die Gewerkschaftsmitglieder vom unmittelbaren Kampf für den Frieden und für ihre anderen Lebensforderungen abzulenken und auf die künftigen Wahlen zu vertrusten.

Schumacher stellt die Adenauer-Regierung als eine ratlose, unfähige Regierung hin. Aber in Wirklichkeit ist die Adenauer-Regierung nicht ratlos, denn sie wird vom amerikanischen Gouverneur sehr intensiv beraten, und sie ist auch nicht planlos, denn sie arbeitet nach einem ausgearbeiteten Plan zur Durchführung der Remilitarisierung und der Wiederherstellung des deutschen Imperialismus. Wieweit es der Regierung Adenauer unmöglich gemacht wird, diesen Plan durchzuführen, das hängt vom Kampf der Friedenskräfte in Westdeutschland ab. Entscheidend ist, daß die sozialdemokratischen Mitglieder sechs Jahre nach dem Sturz des Hitlerfaschismus endlich erkennen, daß der Weg der Schumacher und Ollenhauer ein falscher Weg war, der die Position der USA-Machthaber in Westdeutschland gestärkt, das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus ermöglicht und verhindert hat, daß die Grundlagen für eine friedliche und wirklich demokratische Ordnung auch in Westdeutschland geschaffen wurden.

Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Professor Dr. Baade hat am 11. Februar vor 500 Delegierten des Kreisvereins Kiel der SPD betont, es gäbe in der Tat eine ernste Chance, den Frieden zu gewinnen, und diese Chance hänge ab von der sozialdemokratischen Politik des Widerstandes gegen die bedingungslose Wiederbewaffnung. Professor Baade erläuterte seinen Zuhörern mit unzweideutigen Worten, daß weder von einer Verteidigungslinie an der Elbe die Rede sein könne, noch, daß die Verteidigungsstärke der Westmächte auch nur entfernt hinreiche, in einem Kriege dem russischen Vormarsch standzuhalten. Wenn in dieser Situation sechs oder auch zehn deutsche Divisionen aufgestellt würden, so könnte deren Aufgabe nur darin bestehen, den Rückzug der Westmächte nach Dünkirchen zu decken. Dies bezeichnete Prof. Baade als keine Basis für ein deutsches Zugeständnis der Wiederbewaffnung. Man könne auch nicht die Wiederbewaffnung gegen die Gleichberechtigung eintauschen.

Wir sind überzeugt, daß die Unterdrückungsmaßnahmen Adenauers gegen die Friedensbewegung dazu beitragen

werden, allen demokratisch gesinnten Menschen in Westdeutschland die Augen zu öffnen, wer die wahren Herrscher in Westdeutschland sind, und die Friedenskräfte zu ermuntern, entschlossen den Kampf um die Verteidigung der demo-

kratischen Volksrechte zu führen. **Gewiß ist, daß die Sache des Friedens siegen wird. Es kann kein Zweifel bestehen, daß die Remilitaristen von heute dann vom Volk zur Verantwortung gezogen werden.**

## **Die Bevölkerung Westdeutschlands nimmt die Verteidigung des Friedens in die eigenen Hände**

Wenn die Abgeordneten des Bonner Bundesparlaments die Meinung der Mehrheit des Volkes vertreten würden, dann hätten sie nach der Erklärung Adenauers über das Verbot der Volksbefragung eine Abstimmung gefordert und für die Durchführung der Volksbefragung gestimmt. Nachdem die Abgeordneten durch ihr Verhalten zum Ausdruck gebracht haben, daß sie die Gefahr der Remilitarisierung unterschätzen und die verhängnisvolle Politik der Adenauer-Clique dulden und unterstützen, hat die friedliebende Bevölkerung nur den einen Weg, die Sache der Verteidigung des Friedens in die eigenen Hände zu nehmen und alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um die Durchführung der Remilitarisierung zu verhindern.

Der Hauptausschuß für Volksbefragung berichtet, daß in Westdeutschland immer mehr die Arbeiterschaft, die Jugend, die Geistesschaffenden, die Bauern eine breite Protestbewegung gegen die Remilitarisierung entfalten. Der Plan Adenauers, die Jugend und die Bevölkerung stillschweigend an den Krieg heranzuführen, muß und wird zum Scheitern gebracht werden. Das Hissen des Weltfriedensbanners durch junge Friedenskämpfer auf Helgoland, der Protest gegen die Bombardierung Helgolands, die nur die Vorbereitung der Bombardierung Deutschlands ist, sind eine bedeutende patriotische Tat. Die jungen Arbeiter, die Sprenglöcher an Brücken in Westdeutschland wieder zementierten, um gegen die Minierung der Brücken zu protestieren, haben sich damit für den Schutz deutschen Volkseigentums eingesetzt und gegen die Remilitarisierung demonstriert. In einer Anzahl Städte haben sich die Stadtverwaltungen geweigert, den amerikanischen Offizieren Pläne auszuhändigen. Die Bamberger

Stadtväter haben ein Beispiel mutigen Handelns gegeben, als sie es ablehnten, die Pläne zu den Mainübergängen freiwillig herauszugeben.

Die Remilitaristen sind vor allem beunruhigt durch die Demonstration von 70 000 Nürnberger Arbeitern und Angestellten, die in fast allen Betrieben, Werkstätten und Behörden die Arbeit für zwei Stunden unterbrochen hatten, um gegen die Preissteigerungen, gegen das wachsende soziale Elend und gegen die Remilitarisierungspolitik von Adenauer zu protestieren. Einer der Gewerkschaftsfunktionäre erklärte dort:

**„Wir können mit den schönen Worten der Regierungssprecher aller Schattierungen nichts mehr anfangen... Wir sind nicht länger gewillt, die wirtschaftliche Katastrophpolitik der Herren Adenauer und Erhard mitzumachen.“**

Aus der Kundgebung heraus wurde der Rücktritt Adenauers und anderer verantwortlicher Minister gefordert. Fast in allen Gebieten Westdeutschlands haben die Betriebsbelegschaften und Gewerkschaften auf die andauernde Teuerung mit Lohnforderungen und Lohnkämpfen geantwortet.

Es war ein Ereignis von großer Bedeutung, daß am 1. Mai in den Demonstrationen der Gewerkschaften Transparente mit Losungen gegen die Remilitarisierung und für die Erhaltung des Friedens mitgeführt wurden. In westdeutschen Betrieben erklärten die Arbeiter, daß zum Mitbestimmungsrecht auch das Recht zur Mitbestimmung über die Erhaltung des Friedens gehöre. Einige Gewerkschaftsführer zum Beispiel in München und in anderen Städten haben versucht, die Maifeier für die Hetze gegen die Deutsche Demokratische Republik und gegen die



Sowjetunion auszunutzen und den Gewerkschaftsmitgliedern zu erklären, daß es nunmehr notwendig sei, sich einzuschränken. Der Proteststurm der Gewerkschaftsmitglieder brachte es zuwege, daß einige dieser Redner nicht weitersprechen konnten; denn sie wurden überstimmt mit der Losung: **Schluß mit der Remilitarisierung, wir wollen Frieden!**

Entgegen allen Bemühungen der amerikanischen, englischen und französischen Besatzungsbehörden, die Einigung der Arbeiter zu verhindern, ist es nach der Europäischen Arbeiterkonferenz gelungen, in allen westdeutschen Ländern Zusammenkünfte der Betriebsarbeiter, vor allen Dingen der Gewerkschaftsfunktionäre, zu organisieren. Auf diesen Konferenzen kam der tiefe Friedenswille der Arbeiter zum Ausdruck und der Wille, **alle Mittel der Aktion gegen die Durchführung der Remilitarisierung anzuwenden.** In zahlreichen Organisationen und Vereinigungen wurde gegen die Remilitarisierung Stellung genommen: Zum Beispiel in einer Versammlung des Windhorstbundes, in Zusammenkünften der Studenten an verschiedenen westdeutschen Universitäten sowie in verschiedenen Sportvereinen.

Mehr als 8000 Bauern aus allen Teilen der Bundesrepublik kamen am 23. April zu einer großen Kundgebung in Landau zusammen. Unter der schwarzen Fahne mit dem Bundschuh forderten sie die Lösung des sozialen Problems der heimischen Landwirtschaft und protestierten gegen die Nichtdurchführung der Rhöndorfer Versprechungen von Adenauer. Empört erklärten die Redner: **„Wir wollen keine Beteuerungen mehr, wir verlangen Taten.“**

Die Bauern protestierten gegen die Subventionierung der Einföhrung ausländischer Agrarprodukte bei gleichzeitiger Drosselung der heimischen Erzeugung. Dabei haben die Bauern ihr Urteil gefällt über den sogenannten

„Grünen Schumanplan“, eine sogenannte Agrarunion, durch die die westdeutsche Landwirtschaft durch Ueberschwemmungen mit landwirtschaftlichen Produkten aus westeuropäischen Ländern ruiniert werden soll. Die Bonner Regierung hat allein 1951 für 20 Millionen Dollar Gemüse- und Obsteinföhren subventioniert. So haben die Marshallplan-Politik und die Herrschaft der großen Monopole in Westdeutschland auch für die Bauern schwersten Schaden gebracht. Die Bauern drohen mit einem harten Kampf für ihre gerechte Sache. Wenn der Bonner Innenminister Lehr glaubt, durch Unterdrückungsmaßnahmen gegen den gesamtdeutschen Arbeitskreis der Landwirtschaft die Not der Bauern lösen zu können, so wird er sich wohl bald vom Gegenteil überzeugen müssen.

**Keine Zwangsmaßnahmen der Bonner Reaktionäre können die Friedenskämpfer in Westdeutschland an der Erfüllung ihrer großen vaterländischen Aufgabe hindern.** Alle Opfer, die für die Erhaltung des Friedens gebracht werden, sind nur ein Bruchteil der Entbehrungen, die ein Krieg bringen würde. Wir sind überzeugt, daß die Mehrzahl der Mütter bereit ist, lieber Opfer zu bringen für die Erhaltung des Friedens, als den Mann und die Kinder in einem amerikanischen Krieg zu opfern. Erfüllt von dem festen Glauben an den Erfolg der gerechten Sache des Kampfes um die Erhaltung des Friedens wird auf Grund des Aufrufes des Hauptausschusses für Volksbefragung in jeder Betriebsabteilung, in jedem Haus, in jedem Verein die Ueberzeugungs- und Organisationsarbeit durchgeführt werden, um alle friedliebenden Menschen in der großen Friedensbewegung zu einigen, um **„die Sache des Friedens bis zum Äußersten zu verteidigen“.**

(Generalissimus Stalin in seinem Interview mit einem Korrespondenten der „Prawda“.)

## Deutsche an einen Tisch!

Die Durchführung der Remilitarisierung würde die unheilvollste Vertiefung der Spaltung Deutschlands bedeuten. Nachdem Herr Adenauer offen die Remilitarisierung betreibt und so-

gar die Volksbefragung verboten hat, sind die wirklichen Gründe sichtbar, die Adenauer veranlaßten, den Vorschlag von Ministerpräsident Grotewohl auf **Bildung eines Gesamtdeutschen Konsti-**

tuierenden Rates abzulehnen. Adenauers amerikanisches „No“ ergibt sich aus der Vereinbarung mit General Eisenhower über die Remilitarisierung Westdeutschlands. Weil Adenauer gegen einen Friedensvertrag für ganz Deutschland und gegen den Abzug der Besatzungstruppen ist, deshalb ist er auch gegen gemeinsame Vorschläge zu einem Friedensvertrag für Deutschland.

Inzwischen sind Wochen ins Land gegangen, und der Ruf „Deutsche an einen Tisch!“ wurde von allen friedliebenden Deutschen freudig aufgenommen. An unzähligen Tischen kamen Deutsche aus dem Westen und Osten unserer Heimat zusammen und besprachen sich über die gemeinsame Arbeit für die Erhaltung des Friedens, für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Sie sprachen über die Arbeit auf kulturellem Gebiet, auf wissenschaftlichen Spezialgebieten, und deutsche Sportler führten gemeinsame Wettkämpfe durch. Die Hetze der Kaiser und Schumacher wird immer mehr übertönt von dem Ruf der Friedensfreunde in Ost und West: Freundschaft!

Trotz Adenauer ist das gemeinsame Deutsche Gespräch da und erfaßt immer breitere Kreise. Selbst ein so bekannter Politiker wie der Reichskanzler a. D. Dr. Wirth, der Unterzeichner des Rapallovertrages, erklärte:

„Für mich ist die bisherige Haltung des Bundeskanzlers Dr. Adenauer un-

verständlich. Ich sehe in der Wiederbelebung der Ost-West-Beziehungen, einerseits und in der Wiedervereinigung Deutschlands andererseits die einzige Möglichkeit zur Lösung der politischen Weltkrise. Ich begrüße, daß sich die Repräsentanten Ostdeutschlands durch die Haltung einiger deutscher Kreise nicht davon abschrecken ließen, ihr Angebot zu wiederholen.“

In diesen gesamtdeutschen Gesprächen wie im Kampf gegen die Remilitarisierung und für einen Friedensvertrag werden die patriotischen verantwortungsbewußten Männer und Frauen hervortreten, die imstande sind, nach dem Sturz der Adenauer-Clique als Vertreter Westdeutschlands eine Verständigung mit den Vertretern der Deutschen Demokratischen Republik herbeizuführen.

Und wenn manche sagen: „Wenn wir wüßten, was danach kommt?“, so antworten wir klar und eindeutig: Danach kommt die Verständigung zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland! Danach kommt der friedliche und der demokratische Weg in einem einzigen, unabhängigen und starken Deutschland. Es wird das kommen, was die Vertreter Westdeutschlands und Ostdeutschlands im Interesse des deutschen Vaterlandes vereinbaren, denn in einem Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat kann es kein Ueberstimmen geben, sondern nur eine Verständigung

## Die Erfolge der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik auf dem friedlichen demokratischen Weg

In der Deutschen Demokratischen Republik, wo die Friedenskräfte die Staatsmacht in den Händen haben, gilt es nun, eine große Aufklärungsarbeit durchzuführen. Viele Menschen gibt es, die mit ihrer täglichen Arbeit so beschäftigt sind, daß sie die Bedrohung des friedlichen Aufbaus bei uns durch die Remilitaristen in Westdeutschland noch gar nicht genügend erkennen. Deshalb muß mit dem heutigen Tag begonnen werden, die Wahrheit über die Pläne der amerikanischen und westdeutschen

Kriegstreiber und über die Aufgaben im Kampf um die Erhaltung des Friedens bis in den kleinsten Betrieb, das entfernteste Haus, bis in den entlegensten Bauernhof zu tragen.

Alle sollen aus innerster Ueberzeugung mit „Ja“ stimmen. Der Ausdruck des Willens zur Erhaltung des Friedens, das ist die Erfüllung des Planes, die Erhöhung unserer Leistungen, die Stärkung unserer demokratischen Staatsmacht. In diesem Sinne wollen wir auf Friedenswacht ziehen, das heißt bessere

**Leistungen auf allen Gebieten vollbringen.**

In Verbindung mit der Durchführung der Volksbefragung ist es notwendig, in den Versammlungen und Besprechungen zu berichten und die Meinung der Bevölkerung zu hören in bezug auf die Durchführung des im August vorigen Jahres beschlossenen Programms der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Wir haben inzwischen eine große Zahl Gesetze und Verordnungen zur Durchführung dieses großen Programms beschlossen.

Das wichtigste Gesetz ist der Wirtschaftsplan für das erste Jahr des Fünfjahrplans. In den Versammlungen und Besprechungen aus Anlaß der Volksbefragung ist es notwendig, über die Erfahrungen bei der Durchführung dieser Gesetze und Verordnungen zu sprechen, die Fehler und Mängel aufzuzeigen und die Arbeit des Staats- und Wirtschaftsapparates zu verbessern. Wir können auf bedeutende Erfolge blicken. Im Jahre 1950 wurde der Plan der Bruttoproduktion mit 109 Prozent erfüllt. Der Plan des Warenumsatzes wurde mit 107,1 Prozent erfüllt. Die Einzelhandelspreise der HO für Lebensmittel wurden vom April 1950 bis Januar 1951 auf 57,4 Prozent, das heißt fast auf die Hälfte gesenkt. Die HO erhöhte ihren Umsatz um 73,7 Prozent. Die Qualität der Waren, einschließlich der Lebensmittel, wurde bedeutend erhöht. Die Zahl der Berufsschulen wurde von 1679 auf 2169 mit insgesamt 882 000 Schülern erhöht. Der wirtschaftliche Aufschwung kann selbst von solchen ausländischen Beobachtern, die uns nicht wohlgesinnt sind, nicht mehr totgeschwiegen werden. Nach einer Mitteilung der „New York Herald Tribune“ vom 28. April erklären westalliierte Beamte:

**„daß im Jahre 1950 ein eindeutiger wirtschaftlicher Aufschwung im Gebiete der Deutschen Demokratischen Republik festgestellt werden müsse.“**

Die erhöhte Produktion der Schwerindustrie, der chemischen und Maschinenindustrie, wird weiter festgestellt,

**„gewährleistet die sichere Grundlage für die Hebung des Lebensstandards**

**in der Deutschen Demokratischen Republik.“**

Während in Westdeutschland durch die Remilitarisierungspolitik und die einseitige Vertretung der Interessen des Monopolkapitals durch die Adenauer-Regierung die Preise ständig steigen, sind in der Deutschen Demokratischen Republik die Preise stabil und wird ein ständiger Kampf um die Senkung der Preise geführt.

Die Hauptaufgaben zur Durchführung des Wirtschaftsplans im ersten Jahr des Fünfjahrplans sind: **die Einführung der neuen Arbeitsmethoden auf Grund der sowjetischen Erfahrungen**, die Ausarbeitung und Vereinbarung der betrieblichen Kollektivverträge und die exakte Berechnung der technisch begründeten Arbeitsnormen.

Die großen Produktionsaufgaben können wir um so besser durchführen, je mehr Erleichterungen wir der technischen Intelligenz schaffen, damit sie ihre großen Aufgaben erfüllen kann, je höher das fachliche Wissen der Arbeiter und Angestellten ist, je mehr Aufmerksamkeit wir der Berufsschulung unserer Jugend zuwenden. Deshalb hat die Hebung des Bildungsniveaus der Werktätigen durch die Entwicklung der Kulturarbeit große Bedeutung.

Der Kampf um die höhere Arbeitsproduktivität, um höhere Qualität der Produktion, um das Sparen mit jeder Minute, mit jedem Pfennig und mit jedem Gramm Material — das ist ein Beitrag zum Kampf um die Einheit Deutschlands, der hilft, das Leben der Werktätigen schneller zu verbessern und die Bevölkerung Westdeutschlands von der Richtigkeit unseres Weges zu überzeugen.

**Jede neue Erfindung unserer Ingenieure, Techniker und Aktivisten, jede Anwendung neuer Arbeitsmethoden, jede Verbesserung in der Landwirtschaft ist ein Schlag gegen die Kriegstreiber, denn dadurch werden unsere Wirtschaft und unser demokratischer Staat gestärkt, und den patriotischen Kräften in Westdeutschland wird es dadurch erleichtert, die Mehrheit der Bevölkerung zu gewinnen.**

Gegenüber der „Bundesrepublik der Adenauer und Schumacher“ wollen wir uns dadurch auszeichnen.

daß wir nach einem vorbildlichen Wirtschaftsplan arbeiten,

daß wir keine Arbeitslosigkeit haben,

daß wir eine geordnete Finanzwirtschaft haben ohne Defizit im Staatshaushalt,

daß wir eine höhere Arbeitsproduktivität entwickeln, als sie in Westdeutschland unter den heutigen Verhältnissen möglich ist, und die Lebenshaltung des Volkes verbessern,

daß das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften gesichert ist,

daß wir unser Schulwesen vorbildlich entwickeln und bessere Schulbücher herausgeben als in Westdeutschland,

daß wir auf dem Gebiete der Wissenschaft und Kunst das klassische Erbe pflegen und schöpferisch weiterentwickeln zum Nutzen des ganzen Volkes.

Wir sind fest überzeugt, daß wir in einem solchen friedlichen Wettbewerb die Arbeiterschaft, die Intelligenz und die Mehrheit der Bevölkerung Westdeutschlands für den gemeinsamen friedlichen und demokratischen Weg gewinnen werden. So wollen wir die Kriegshetze und den Rüstungslärm im Westen mit der Ueberzeugung der Bevölkerung und mit großen Leistungen der friedlichen Arbeit und des kulturellen Schaffens beantworten zum Nutzen unseres Volkes und der Zukunft der Nation.

Die Regierung bittet die Volkskammer, auf Grund des Vorschlages des Hauptausschusses für Volksbefragung in Düsseldorf zu beschließen, daß im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für einen Friedensvertrag mit Deutschland im Jahre 1951 in der Zeit vom 3. bis 5. Juni 1951 durchgeführt wird.

**Die Stunde der Verantwortung des deutschen Volkes ist gekommen.**

**Jeder Deutsche, der von ganzem Herzen will, daß nie eine Mutter mehr ihren Sohn beweint, der stimme mit Ja!**

**Möge das deutsche Volk den Frieden bis zum Aeuffersten verteidigen!**

# **Gemeinsame Erklärung aller Fraktionen der Volkskammer zur Durchführung einer Volksbefragung in der Deutschen Demokratischen Republik**

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik begrüßt den Beschluß des Hauptausschusses für Volksbefragung in Düsseldorf, eine Volksbefragung in ganz Deutschland durchzuführen über die Frage:

**„Sind Sie gegen die  
Remilitarisierung Deutschlands und für einen  
Friedensvertrag mit Deutschland im Jahre 1951?“**

Die Volkskammer stellt fest, daß im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik durch die Entmachtung der militaristischen Großgrundbesitzer und monopolistischen Kriegsinteressenten sowie durch die demokratische Umwandlung des Staatsapparates die Grundlage des Friedens geschaffen wurde. In der Deutschen Demokratischen Republik ist nach den Bestimmungen der Verfassung jede Revanchepropaganda, jede militaristische und Kriegspropaganda untersagt.

Die Volkskammer spricht ihre Empörung darüber aus, daß in der westdeutschen Bundesrepublik die von den drei Großmächten feierlich unterzeichneten Potsdamer Beschlüsse mißachtet und gebrochen wurden und mit Hilfe der amerikanischen, englischen und französischen Okkupationsmächte die Grundlagen des deutschen Imperialismus erhalten wurden.

Die Volkskammer stellt fest, daß die Adenauer-Regierung durch ihre Revanchepolitik, durch die Remilitarisierung und Unterdrückung der Freiheit der friedliebenden Bürger den Weg der Kriegsvorbereitung beschritten hat. Die herrschenden politischen Kreise in Westdeutschland setzen dadurch das Leben des ganzen deutschen Volkes aufs Spiel und bedrohen die Existenz der deutschen Nation.

Mit ihrem ungesetzlichen Verbot zur Volksbefragung entlarvt die Bonner Regierung selber ihre „Demokratie“ als dürftige Tarnung einer Diktatur, deren brutales Instrument sie in den Händen der fremden Kolonialherren ist. Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik brandmarkt diesen Verfassungsbruch und ist davon überzeugt, daß gerade

diese Gewaltpolitik die Volksbefragung zu einem wichtigen Ausdruck für Freiheit und Gesetzlichkeit gestalten wird.

Die Volkskammer appelliert an das Verantwortungsbewußtsein aller friedliebenden deutschen Bürger und fordert sie auf, alle Kräfte einzusetzen, um die Remilitarisierung zu verhindern, denn Remilitarisierung, das bedeutet Krieg.

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik stimmt dem Vorschlag der Regierung zu, die Volksbefragung in der Deutschen Demokratischen Republik am 3., 4. und 5. Juni 1951 durchzuführen.

Jeder Bürger, der den Frieden erhalten will, der einen Friedensvertrag für ganz Deutschland im Jahre 1951 wünscht, stimmt bei der Volksbefragung mit „Ja“.

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik grüßt alle friedliebenden Bürger in Westdeutschland und spricht den Wunsch aus, daß es gelingen möge, zwischen Vertretern Ost- und Westdeutschlands in einem Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat zu einer Verständigung über eine gemeinsame Stellung der friedliebenden Kräfte Deutschlands zu gelangen und den Großmächten ihre Vorschläge zu unterbreiten.

## **Alle Kräfte für die Erhaltung des Friedens! Deutsche an einen Tisch!**

Berlin, den 9. Mai 1951

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands: **Wilhelm Koenen**

Liberal-Demokratische Partei Deutschlands: **Richter**

Christlich-Demokratische Union Deutschlands: **August Bach**

National-Demokratische Partei Deutschlands: **Vincenz Müller**

Demokratische Bauernpartei Deutschlands: **Rose**

Freie Deutsche Jugend: **Margot Feist**

Freier Deutscher Gewerkschaftsbund: **A. Starck**

Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands — Demokratischer Frauenbund Deutschlands: **E. Wendt**

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes — Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe — Genossenschaften: **Fritz Beyling**

Sozialdemokratische Fraktion: **Hans Müller**

Herausgegeben vom Amt für Information 44000/51 Druck: (III/9/1) Sachsenverlag, Druckerei- und  
Verlags-Gesellschaft mbH, Dresden 551 3982

